

## PAZIFIK IM ÜBERBLICK

### Neue Sondergesandte für Ozeanien

Die Spitzendiplomatin Beate Grzeski (geb. 10. Oktober 1960) ist neue Sondergesandte Deutschlands für Ozeanien. Außenministerin Annalena Baerbock stellte Grzeski bei ihrem Kurzbesuch in Palau am 10. Juli 2022 mit folgenden Worten vor: *„Sie ist die erste Sonderbotschafterin für die pazifischen Inselstaaten. Sie wird unsere direkte Ansprechpartnerin für den blauen Kontinent sein, unsere Stimme, Augen und Ohren hier vor Ort, damit wir unsere Partnerschaft auf eine neue Ebene stellen. Dabei geht es auch um unsere zukünftige Verantwortung hinsichtlich unserer kolonialen Vergangenheit.“*

Beate Grzeski war seit Oktober 2017 als ständige Vertreterin des Botschafters in sämtlichen Arbeitsgebieten und Angelegenheiten der deutschen Botschaft bei der Regierung der Russischen Föderation akkreditiert. Eine ihrer Schwerpunktaufgaben umfasste alle Fragen des Managements und der Personalführung der Botschaft. Die Botschaft in Russland ist mit über 300 Mitarbeiter\*innen die weltweit größte deutsche Auslandsvertretung.

(<https://germania.diplo.de/>,  
<https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/rede-der-bundesministerin-des-auswaertigen-annalena-baerbock--2061884>)

### Blue Pacific Partnership gegründet

Am 24. Juni hat sich die „Blue Pacific Partnership“ gegründet. Es handelt sich um eine informelle Gruppe, die darauf abzielt, die wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zu den pazifischen Inselstaaten zu stärken.

Mitglieder in dem losen Bündnis sind die USA, Neuseeland, Australien, Großbritannien und Japan. Die „Partners in the Blue Pacific“ (PBP), wie sich die Gruppe nennt,

haben drei Ziele für ihre Zusammenarbeit formuliert:

- 1.) Effizientere Ergebnisse für den Pazifikraum erzielen: Die Partner wollen eine Bestandsaufnahme bestehender und die Planung künftiger Projekte vornehmen und dabei versuchen, Ressourcen zu bündeln, Doppelarbeit zu beseitigen und Lücken zu schließen, um größere Belastungen und entgangene Chancen für die Regierungen und die Menschen im Pazifik zu vermeiden.
- 2.) Stärkung des pazifischen Regionalismus: PBP will engere Verbindungen zu den pazifischen Regierungen und zum *Pacific Islands Forum* aufbauen.
- 3.) Erweiterung der Möglichkeiten für die Zusammenarbeit zwischen dem Pazifik und dem Rest der Welt.

Polit-Expert\*innen sehen die neue Partnerschaft vor allem als Mittel, sich gegen den Vormarsch Chinas im pazifischen Raum zu wappnen und Kräfte zu bündeln.

(<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/06/24/statement-by-australia-japan-new-zealand-the-united-kingdom-and-the-united-states-on-the-establishment-of-the-partners-in-the-blue-pacific-pbp/>)

### Einleitung von Abwasser in Pazifik wird konkreter

Seit Japan seine Pläne zur Entsorgung von Abwasser aus dem havarierten Atomkraftwerk in Fukushima im Pazifischen Ozean im April 2021 bekannt gegeben hatte, haben führende Regierungsvertreter und zivilgesellschaftliche Gruppen Vorbehalte ob dieses Vorgehens geäußert. Umweltaktivist\*innen forderten Japan auf, andere Optionen für die Entsorgung der radioaktiven Abfälle zu prüfen, einschließlich der Lagerung an Land, bis eine geeignete Technologie für die sichere Entsorgung der radioaktiven Abfälle entwickelt werden kann.

Trotz der öffentlich geäußerten Bedenken wurde am 4. August 2022 mit dem Bau von Anlagen begonnen, die für die geplante Einleitung radioaktiver Abwässer aus dem Kernkraftwerk Fukushima in

den Pazifischen Ozean benötigt werden.

Nach Angaben des japanischen Kraftwerksbetreibers *Tokyo Electric Power Company Holdings* wurde mit dem Bau einer Pipeline zum Transport des Abwassers von den Lagertanks in den Bergen zu einer Anlage an der Küste begonnen sowie mit dem Ausheben eines Unterwassertunnels.

Japan hatte bereits angekündigt, dass der Bau von Anlagen für die geplante Einleitung von mit dem *Advanced Liquid Processing System* behandelten radioaktiven Abwässern in den Pazifischen Ozean ab dem Jahr 2023 jetzt begonnen hat und die Anlagen wie geplant in Betrieb gehen könnten - allerdings nach japanischen Regierungsvorgaben erst dann, wenn die einzuleitenden Abwässer auch wirklich ganz frei von radioaktiver Strahlung sind. Japans Regierung hatte zudem angekündigt, zukünftig wieder verstärkt auf Atomenergie setzen zu wollen.

Die pan-pazifische Umwelt- und Klimaschutzorganisation *„Youngsolwara Pacific“* äußerte sich bestürzt über den Fortgang der Arbeiten an den Anlagen. Die Einleitung von Abwasser jeder Art in den Pazifik komme einer Verletzung der Grundrechte der pazifischen Völker gleich. Die Gruppe stützt ihre Argumentation auf die vom UN-Menschenrechtsrat verabschiedete *Resolution 88/13*, in der es heißt, dass eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt ein Menschenrecht ist, das von mehr als 150 Ländern weltweit anerkannt wurde.

Der Generalsekretär der Pazifischen Kirchenkonferenz, Rev. James Bhagwan, sagte, die Gesundheit des Pazifischen Ozeans und des Planeten habe sich durch menschliche Stressfaktoren verschlechtert. *„Wir dürfen nicht zulassen, dass eine weitere vom Menschen verursachte Katastrophe wie die geplante Atommüllentsorgung in Fukushima den fragilen Zustand unseres Pazifiks beeinträchtigt“*, forderte Bhagwan.

Ein breites Bündnis pazifischer Nichtregierungsorganisationen und Bewegungen möchte nun vom

Generalsekretär des *Pacific Islands Forum*, Henry Puna, und dem Pazifik-Beauftragten der unabhängigen globalen Experten für Nuklearfragen Klarheit über die Ergebnisse zahlreicher Treffen mit Japan und der *Internationalen Atomenergiebehörde* erhalten. (*The Pacific Advocate* 31.08.22)

## Platz 1 bei Schädlingsbekämpfung

Neuseelands unermüdlicher Kampf gegen Schädlinge hat dem Land den weltweiten Spitzenplatz bei der Ausrottung von Schädlingen eingebracht.

Die internationale Studie *„The global contribution of invasive vertebrate eradication as a key island restoration tool“*, die am 10. August 2022 in der Fachzeitschrift *Scientific Reports* veröffentlicht wurde, ergab, dass Neuseeland bei der Schaffung von Inselfchutzgebieten weltweit führend ist und für fast ein Viertel der weltweiten Ausrottung von Inselfschädlingen verantwortlich ist. Australien ist mit etwas mehr als 12 % der weltweiten Ausrottungen am zweiterfolgreichsten.

*„Der Grund, warum Neuseeland weltweit führend ist, liegt darin, dass wir die Schädlingsbekämpfung auf allen Ebenen unterstützen, von der Basis bis zur Regierung“*, erklärte Professor James Russell, ein neuseeländischer Mit-Autor der Studie von der Universität Auckland.

Das Land hat eine lange Tradition in der Vertreibung von Schädlingen von den Inseln. Diese Bemühungen haben viele Früchte getragen - von florierenden einheimischen Vogelpopulationen bis hin zur Schaffung von Ökotourismuszielen, die das Interesse der Bevölkerung am Artenschutz weiter gesteigert haben.

Die Regierung hat sich außerdem zu dem ehrgeizigen nationalen Programm *„Predator Free 2050“* verpflichtet, mit dem bis zum Jahr 2050 26 Millionen Hektar Festland und alle vorgelagerten Inseln von Hermelinen, Ratten und Opossums

befreit werden sollen.

Im Juli des Jahres hatten neuseeländische Naturschützer\*innen angekündigt, dass sie die bisher größte Ausrottung invasiver Arten auf einer bewohnten Insel durchführen werden. Das Projekt zielt darauf ab, in den nächsten vier Jahren Opossums, Ratten, verwilderte Katzen und Igel von Rakiura/Stewart Island - der drittgrößten Insel des Landes - zu entfernen.

Professor Russell erklärte, es sei ermutigend, dass die Bemühungen zur Schädlingsbekämpfung auch von Menschen unterstützt werden, die in ihren eigenen Gärten Fallen aufstellen. *„Die Datenbank zeigt, dass jeder, der in seinem Hinterhof etwas tut, international einen großen Unterschied macht“*, sagte er. Die neuseeländische Naturschutztechnologie und -expertise sei zu einer Art Exportschlager für Neuseeland geworden und darauf könne man stolz sein, so Russell weiter.

Die Studie hat Neuseelands Bemühungen zur Schädlingsbekämpfung zwar mit einem goldenen Stern ausgezeichnet, aber auch gezeigt, dass die Ausrottungs Bemühungen nachgelassen haben. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass die Naturschützer\*innen auf den kleineren Inseln Fortschritte machen und die Inseln mit einer größeren Landmasse als letzte übrig bleiben - was bedeutet, dass die Bekämpfungsmaßnahmen länger brauchen, um Ergebnisse zu erzielen.

*Hintergrund:* Inseln sind Hotspots für die biologische Vielfalt und das Artensterben: Sie machen nur 5 % der Landfläche der Erde aus, waren aber für 61 % der ausgestorbenen Tiere verantwortlich und beherbergen 40 % der heute stark bedrohten Wirbeltiere.

Die Überprüfung von 1.550 Ausrottungen auf fast 1 000 Inseln seit 1872 ergab eine Erfolgsquote von 88 % bei der Wiederherstellung der biologischen Vielfalt auf den Inseln durch Methoden wie Jagen, Fallenstellen und gezieltes Vergiften. Die vollständige Entfernung invasiver Arten von Inseln hat sich als eines der wirksamsten Mittel

erwiesen, um diese Schäden aufzuhalten und rückgängig zu machen, so die Studie.

**Hier** geht es zu der frei verfügbaren Studie:

<https://www.nature.com/articles/s41598-022-14982-5>  
(*The Guardian* 17.08.22)

## Wechsel beim Vorsitz

Am Rande des Treffens der Mitgliedsstaaten des *Pacific Islands Forum* im Juli haben sich ebenfalls die Mitgliedsländer der *Melanesian Spearhead Group* (MSG) getroffen, um den Vorsitz zu übergeben. Bisher hatte Papua-Neuguinea den Vorsitz über das regionale melanesische Bündnis. Nun wurde der Vorsitz an Vanuatu übergeben.

Andere Tagesordnungspunkte wurden bei dem kurzen Treffen nicht verhandelt, obwohl ein Mitgliedsantrag der Nichtregierungsorganisation *„United Liberation Movement for West Papua“* (ULMWP) vorlag. Über die Aufnahme der ULMWP in die MSG wurde nach Angaben von Beobachtern nicht diskutiert. Dies soll zu einem späteren Zeitpunkt, vermutlich Ende September, bei dem nächsten präsentischen Treffen der MSG nachgeholt werden.

Der bereits vor vier Monaten neu gewählte geschäftsführende Direktor der MSG, Leonard Louma aus der Milne Bay Province (Papua-Neuguinea), wurde in seinem Amt begrüßt. Er wird in den nächsten Monaten an den Amtssitz der MSG in Port Vila (Vanuatu) umziehen.

*Info:* Die *Melanesische Speerspitzengruppe* ist eine Organisation von Staaten mit melanesischer Bevölkerung, die 1983 als politische Vereinigung gegründet wurde. Am 23. März 2007 wurde die Vereinbarung zur Gründung der Organisation unterzeichnet. Sitz der Organisation ist Port Vila in Vanuatu.

Mitglieder sind Fidschi, Papua-Neuguinea, die Salomonen und Vanuatu sowie die linke Unabhängigkeitspartei FLNKS aus Neukaledonien. Seit 2010 hat Osttimor Beobachterstatus. (<https://msgsec.info/>, *Marshall Islands Journal* 22.07.22)

## Jubiläum der Organisation der Polizeichefs

Pandemiebedingt um zwei Jahre verzögert konnte jetzt erst der 50. Jahrestag der Gründung der Organisation „Pacific Islands Chiefs of Police“ (PICP) in Suva (Fidschi) gefeiert werden. Es war das 49. Treffen der Organisation und das erste analoge seit 2019. Bei der diesjährigen mehrtägigen Konferenz ging es um die Arbeitsbelastung der pazifischen Polizeikräfte sowie um regionale Sicherheitsfragen. Im Rahmen des Treffens wechselte der Vorsitz der PICP von Fidschi zu den Nördlichen Marianen.

*Info:* Die *Pacific Islands Chiefs of Police* (PICP) wurde 1970 in Suva (Fidschi) gegründet und ist eine der ältesten regionalen Organisationen im Pazifik. In den vergangenen 50 Jahren hat die PICP kontinuierlich daran gearbeitet, durch die Verbesserung der Polizeiarbeit für mehr Sicherheit in den Gemeinden zu sorgen.

Die PICP bringt die Polizeichefs des pazifischen Raums zusammen, um Informationen auszutauschen, Erfahrungen zu teilen und regionale Vereinbarungen zu treffen.

Die PICP hat 21 Mitglieder, wobei der Kommissar, der Polizeichef oder der Polizeidirektor jedes nationalen Polizeidienstes den jeweiligen Mitgliedsstaat vertritt. Das Motto der Organisation lautet *„Our Blue Pacific: Safer Together“*.

(<https://picp.co.nz/>, *Marshall Islands Journal* 02.09.22)

## Frühe Siedler im Pazifik waren matriloal organisiert

Die frühesten Seefahrer der Welt waren vermutlich matriloal organisiert. Das hat jetzt die Auswertung von DNA-Proben ergeben.

Vor 50.000 Jahren waren bereits Populationen von Urmenschen in Australien, Neuguinea und auf den Salomonen angekommen und hatten sich dort ausgebreitet. Aber erst vor rund 3.500 Jahren entwickelten die Menschen, die wahrscheinlich im heutigen Taiwan leb-

ten, Langstreckenkanus und wagten sich auf den offenen Ozean hinaus, um in das entlegene Ozeanien zu gelangen und die dortigen Inseln zu besiedeln.

Die Ergebnisse der DNA-Studie, die in der Fachzeitschrift *Science* veröffentlicht wurden, umfassen eine genomweite Analyse von 164 alten Individuen von fünf Inseln, die auf die Zeit vor 2.800 bis 300 Jahren datiert wurden, und 112 modernen Individuen.

Wenn verschiedene Populationen im Laufe der Zeit isoliert bleiben - zum Beispiel auf Inseln - driften ihre Genome auseinander. Dieser Effekt war bei den alten Mikronesiern zu beobachten, aber die genetische Drift war bei der mitochondrialen DNA, einem Teil des Genoms, der nur in der weiblichen Linie weitergegeben wird, deutlich größer. Dies deutet stark darauf hin, dass Frauen nicht so häufig zwischen Gemeinschaften hin und her zogen wie Männer. Die Frauen blieben nach der Heirat fast immer in ihren Gemeinschaften, während die Männer die Gemeinschaft ihrer Mutter verließen, um in der ihrer Frau zu leben. Dieses Muster unterscheidet sich auffallend von den patriloalen Gesellschaften, wie sie bei vielen Völkern in Europa und in weiten Teilen Afrikas vorkommen.

*„Heutzutage gibt es in den traditionellen Gemeinschaften im Pazifik sowohl patriloale als auch matriloale Bevölkerungsstrukturen und es gab eine Debatte darüber, welche Praxis in den früheren Populationen üblich war“*, sagte David Reich, Professor für Genetik an der Bostoner *Harvard Medical School*, der die Studie leitete. *„Unsere Ergebnisse deuten darauf hin, dass bei den frühesten Seefahrern die Matriloalität die Regel war. Frauen zogen sicherlich auf neue Inseln, aber wenn sie dies taten, waren sie Teil gemeinsamer Bewegungen von Frauen und Männern“*, so Reich. *„Dieses Muster des Verlassens der Gemeinschaft muss fast nur bei den Männern zu finden gewesen sein.“*

Die Auswertung der DNA ergab auch neue Beweise für Wanderungen - wiederum fast ausschließlich von Männern - vom Festland der

Insel Neuguinea, die den heute auf einigen Inseln Mikronesiens lebenden Menschen papuanische Vorfahren bescherten.

*Info:* Matriloalität bezeichnet eine Wohnfolgeordnung, bei der ein Ehepaar nach der Heirat seinen Haushalt am Wohnort der Mutter eines der beiden Ehepartner einrichtet, der andere Partner zieht hinzu. Die frühe Sozialanthropologie verstand darunter das Wohnen bei der Mutter der Ehefrau.

(*The Guardian* 30.06.22,

<https://www.science.org/doi/10.1126/science.abm6536>, *Lexikon der Ethnologie*)

## Telstra übernimmt Digicel

Im Juli hat das australische Telekommunikationsunternehmen *Telstra Corporation* den Mobilfunknetz- und Home-Entertainment-Anbieter *Digicel Pacific* aufgekauft. *Telstra* hat für die Übernahme 270 Millionen US-Dollar (392 Millionen AUD-\$) bezahlt, weitere 1,6 Milliarden US-Dollar hat die australische Regierung übernommen aus Sorge, dass chinesische Interessenten die finanziell angeschlagene Firma *Digicel Pacific* übernehmen könnten.

Nach der Übernahme hat *Digicel Pacific* seinen Betrieb ohne größere Änderungen fortgesetzt. Auch der Name wurde nicht geändert, da *Digicel* im Pazifik eine gut eingeführte und äußerst beliebte Marke ist. *Digicel* ist in folgenden sechs Pazifikstaaten vertreten: Papua-Neuguinea, Nauru, Vanuatu, Fidschi, Samoa und Tonga.

*Telstra* hat Anfang September angekündigt, die von der staatlichen chinesischen Firma *Huawei* hergestellten Geräte in seiner Mobilfunkinfrastruktur nach und nach abschaffen und durch Geräte anderer Anbieter ersetzen zu wollen. Grund sei die Befürchtung, dass China die Geräte seines Staatsunternehmens zur Spionage einsetzt.

Oliver Camplin-Warner, der Geschäftsführer von *Telstra International*, sagte, man habe nationale Sicherheitsbedenken bei der Nutzung chinesischer Infrastruktur. Man werde sich zukünftig bei der

Nutzung digitaler Infrastruktur auf australische Standards berufen, erklärte er. (*Pacific Business News* 10.09.22, <https://www.telstra.com.au/https://www.digicelpacific.com/en.html>)

## MELANESIEN

### PAPUA-NEUGUINEA

#### Wahlergebnisse und Wahlerkenntnisse

Vom 9. bis zum 29. Juli wurde in Papua-Neuguinea gewählt. Da die Auszählung in den Wahlkreisen und die Rückmeldung der Resultate schleppend verlief, hatte Generalgouverneur Sir Bob Dadae bereits am 26. Juli gemäß dem Antrag der Nationalen Wahlkommission den Zeitraum der Ergebnisermittlung um zwei Wochen bis zum 12. August verlängert. Das neue Parlament konstituierte sich daher erst am 18. statt wie vorgesehen am 4. August. Am 23. August wurden die 32 Kabinettsminister unter Premierminister James Marape eingeschworen. Marape war mit 97 zu 0 Stimmen erneut zum Premierminister des Landes gewählt worden.

Schon seit Beginn der Abstimmung in den ersten Julitagen hagelte es Kritik, dass die Wählerverzeichnisse völlig veraltet und Neueinträge seit dem Jahr 2012 kaum vorgenommen worden seien. Die Namen der meisten Erst- und Jungwähler fehlten, in manchen Wahlkreisen konnten laut Berichten bis zu 50 Prozent der eigentlich Wahlberechtigten nicht abstimmen.

Während und nach den Wahlen war es zu Gewaltausbrüchen im Hochland gekommen. In den zentralen Highlands spielten traditionelle Clankonflikte während der Gewaltwelle eine zusätzliche Rolle, in der Hauptstadt Port Moresby eröffneten schwerbewaffnete Polizisten bei einem Zwist mit frustrierten Wähler\*innen das Feuer. Dabei starb eine 22-jährige alleinerziehende Mutter, die mit ihrem einjährigen Sohn im Arm beim Weglau-

fen von einer Kugel in den Rücken getroffen wurde. Insgesamt verlor 50 Menschen ihr Leben.

Bei den Wahlen gab es einige Überraschungen: Das Wahlergebnis für die Partei PANGU (*Papua and Niugini Union Pati*) war das zweiterfolgreichste in der Geschichte Papua-Neuguineas. Am erfolgreichsten war PANGU im Jahr 1982 gewesen. Damals gewann PANGU 47 Prozent aller Sitze, jetzt immerhin 33 % der 117 Sitze im Parlament.

Die großen Parteien *PANGU* und *People's National Congress Party* (PNC) verzeichneten beide positive Zuwächse, wobei der Zuwachs bei der PNC sogar noch größer war. Die PNC gewann 31 % der Sitze hinzu (im Vergleich zum Ende der letzten Legislaturperiode), während die PANGU auf 22 % kam.

Von den kleineren Parteien hat die *United Resources Party* sehr gut abgeschnitten. Sie konnte ihre Sitze fast verdoppeln, von 6 auf 11, wobei zu beachten ist, dass sie damit knapp über der Zahl liegt, mit der sie in das 10. Parlament gestartet war, nämlich mit 10 Sitzen. Die *United Labour Party* hingegen verlor von 8 auf 3 Sitze. Die *Nationale Allianz* hat viele Sitze verloren. Sie begann die 10. Legislaturperiode mit 15 Sitzen, beendete sie mit 8 und ging jetzt in der 11. Legislaturperiode des Parlaments auf 6 Sitze zurück.

Insgesamt sind 23 Parteien in das 11. Parlament gewählt worden, gegenüber 20 zu Beginn und 25 am Ende des letzten Parlaments. 12 von ihnen sind Ein-Parlamentarier-Parteien. Sechs Sitze verloren haben die unabhängigen Kandidaten: Im letzten Parlament wurden 16 Unabhängige gewählt, dieses Mal sind es nur 10.

62 % der Amtsinhaber wurden wiedergewählt. Die Zahl der Abgeordneten, die eine dritte Amtszeit absolvieren, ist stark gestiegen. Die Zahl dieser Gruppe stieg von 10 auf 23. Die Zahl der Abgeordneten mit einer ersten, zweiten und vierten Amtszeit ging dagegen zurück. In diesem Parlament wurden 37 Abgeordnete gewählt, die min-

destens 10 Jahre im Parlament verbracht haben (d.h. mehr als zwei Amtszeiten). Bei den letzten Wahlen waren es nur 25. Acht Abgeordnete wurden gewählt, die dem letzten Parlament nicht angehörten, aber schon früher einmal Abgeordnete waren.

Es wurden nur zwei Frauen in das Parlament gewählt: Die Volkswirtin Rufina Peter ist Gouverneurin der Central Provinz und die Regierungsrätin Kessy Sawang vertritt den Wahlkreis Rai Coast Open in der Madang Provinz.

(<https://devpolicy.org/2022-png-election-results-nine-findings-20220826/>, <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1165766.parlamentswahl-krisenstimmung-in-papua-neuguinea.html>, <https://www.parliament.gov.pg/>, [Wikipedia, https://www.businessadvantagepng.com/marape-returns-as-prime-minister-of-papua-new-guinea/](https://www.businessadvantagepng.com/marape-returns-as-prime-minister-of-papua-new-guinea/))

#### Premier Marape ernannt vier Landwirtschaftsminister

Die Ernennung von gleich vier Ministern für Landwirtschaft hat in der neuguineischen Presse für Aufregung und ironische Kommentare gesorgt. Der wieder gewählte Premierminister James Marape begründete diesen Schritt mit seiner Politik unter dem Motto „*Taking Back PNG*“. Ziel seiner zweiten Amtszeit sei es, den Landwirtschaftssektor in Papua-Neuguinea zu stärken und das „*Land zurückzuerobern*“. Die Landwirtschaft sei früher das Rückgrat der Wirtschaftskraft des Staates gewesen, so Marape. An diese guten alten Zeiten wolle er anknüpfen, so der Premier.

Der Premierminister sagte, es sei kein Geheimnis, dass die Landwirtschaft seit der Unabhängigkeit im Jahr 1975 zurückgegangen sei, und die Zuteilung der vier Ministerien habe zum Ziel, diesen Sektor wiederzubeleben, damit er zu einem wichtigen Einkommenserzeuger für PNG werde.

„*Wir wollen die Importe verringern und die Exporte im Landwirtschaftssektor steigern, weshalb wir der Landwirtschaft vier eigene Ministerien zugewiesen haben*“, sagte Premierminister Marape. Bei einer Pressekonferenz stellte er sei-

ne vier neuen Minister persönlich vor: Der Abgeordnete von Goroka, Aiye Tambua (*PANGU Partei*), ist als Landwirtschaftsminister für die Verwaltung des Ministeriums sowie für Baumkulturen und Gartenbau (Frischprodukte) zuständig. Das Ministerium für Landwirtschaft und Viehzucht wurde im Laufe der Jahre immer wieder von Kontroversen und Verwaltungsproblemen heimgesucht.

Der Abgeordnete Francis Maneke (*PANGU Partei*) ist neuer Minister für Ölpalmen, PNGs wertvollste landwirtschaftliche Nutzpflanze, die jährlich über 1 Milliarde Kina einbringt. Minister Maneke stammt aus Nakanai, Provinz West New Britain, einem der größten Ölpalmenbezirke in PNG, und ist ein starker Verfechter dieser Industrie.

Seki Agisa (*PANGU Partei*) aus dem Bezirk South Fly ist Minister für Viehzucht, eine Industrie, die vor der Unabhängigkeit florierte, seither aber nur noch vor sich hindümpelt. In der Western Province, der Heimatprovinz von Minister Seki Agisa, gibt es riesige ungenutzte Flächen, die zukünftig für die Entwicklung der Viehzucht genutzt werden sollen, so Marapes Wunsch.

Das Parlamentsmitglied des Bezirks Anglimp-South Wahgi, Joe Kuli (*United Resources Party*), ist der erste Minister für Kaffee in einem Pazifikstaat. Das Wahgi-Tal, die Heimat von Minister Kuli, beherbergte früher einige der größten Kaffeeplantagen von PNG, auf denen die junge Industrie in den 1960er Jahren wuchs. Eine seiner Hauptaufgaben wird es sein, die legendären Wahgi Mek-Plantagen des Tals wiederzubeleben. Diese wurden von 1973 bis 1999 erfolgreich bewirtschaftet.

Die Ernennung eines eigenen „Kaffee-Ministers“ sorgte vor allem in der Opposition für Hohn und Spott. Dieser Minister werde wohl morgens Kaffee trinken, dann über Kaffee reden, mittags wieder Kaffee trinken und nachmittags erneut über Kaffee reden, hieß es spöttisch in der neuguineischen Tagespresse.

*„Ich möchte, dass die Region Ostsepik die Vanillehauptstadt der Welt und ein internationales Drehkreuz für den Kakaohandel wird,“* sagte Marape während der Pressekonzferenz. *„Die Regierung hat die Absicht, die riesigen Sepik-Ebenen zum größten landwirtschaftlichen Zentrum des Landes zu entwickeln.“* (*Pressemitteilung Premier Marape 24.08.22*)

### Geringe Nutzung sozialer Medien

Nur 12 % der Bevölkerung von Papua-Neuguinea hat Zugang zum Internet. Das ist eine der niedrigsten Raten weltweit, so Alberto Cimas. Er ist Direktor der Beratungsabteilung bei dem Wirtschaftsprüfungsunternehmen *Deloitte PNG*. Er sagte, dies gehe aus den neuesten verfügbaren Daten über Internetnutzer\*innen im Land hervor, die zeigten, dass sie keinen vollständigen oder kontinuierlichen Internetzugang hätten. Internetnutzer\*innen seien nach Datenlage auch die Menschen, die nur hin und wieder einmal Facebook nutzten, aber im eigentlichen Sinne könne man hier nicht von regelmäßigen Nutzer\*innen sprechen, so Cimas. Laut der Statistik nutzen nur 8 % aller Einwohner\*innen von PNG regelmäßig die sozialen Medien wie Facebook, Snapchat, Twitter, Instagram und TikTok.

*„Wir können davon ausgehen, dass nur ein sehr kleiner Prozentsatz die sozialen Medien kontinuierlich oder täglich nutzt. Mit anderen Worten: Die Nutzung sozialer Medien in PNG kann als irrelevant betrachtet werden“*, erklärte der Berater von Deloitte.

Der Vorteil geringer Internetnutzung sei, dass *fake news* in den Medien so keinen Einfluss auf den Parlamentswahlprozess genommen hätten. (*PNG Business News 11.07.22*)

### Weltbank finanziert Projekte

Das Direktorium der Weltbank hat Ende Juni drei neue Projekte mit einem Gesamtvolumen von über

200 Millionen US-Dollar (722 Millionen Kina) genehmigt. Auch die australische Regierung hat finanzielle Förderungen für folgende Projekte zugesagt:

- 1) die Verbesserung der Verkehrsverbindungen zwischen wichtigen regionalen Knotenpunkten, um den Zugang zu Arbeitsplätzen und Märkten zu verbessern
- 2) die Förderung der Entwicklung von Kindern in den wichtigen ersten 1.000 Lebenstagen
- 3) die Unterstützung von Niuginis bei der Nutzung von Beschäftigungsmöglichkeiten in Australien und Neuseeland.

Bei dem ersten Projekt handelt es sich um das 93 Mio. USD teure *Resilient Transport Project*, das die Bemühungen des *PNG Department of Works and Highway* zur Verbesserung des nationalen Straßennetzes unterstützen wird. Das Projekt, das auch von einem Zuschuss der australischen Regierung in Höhe von 15 Mio. USD profitiert, wird die Sanierung von etwa 63 Kilometern der Ramu- und Hiritano-Highways sowie die mehrjährige Instandhaltung von fast 200 Kilometern dieser Highways finanzieren und zum Aufbau der Kapazitäten des Straßensektors beitragen.

Das zweite Projekt über 80 Mio. US-Dollar wird die Bereitstellung von Ernährungsdiensten verbessern und freiwillige Gesundheitshelfer\*innen in den Dörfern sowie kirchliche Gesundheitsorganisationen dabei unterstützen, auf Gemeindeebene Aufklärung zu Themen wie Stillen, Ernährung und Hygiene zu leisten.

Das dritte Projekt zur Förderung der Mobilität von Arbeitskräften aus Papua-Neuguinea in Höhe von 32 Mio. US-\$ soll PNG dabei helfen, von den rasch wachsenden Beschäftigungsmöglichkeiten in Australien und Neuseeland zu profitieren, wo Arbeitskräfte im Ausland neue Fähigkeiten erwerben und in ihre Gemeinden zurückbringen können. (*Pressemitteilung Weltbank 30.06.22*)

## Neue Straßen in der Provinz Sepik

Das von der Europäischen Union (EU) finanzierte und von der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) durchgeführte gemeinsame *STREIT-PNG-Programm* der Vereinten Nationen (UN) zur Verbesserung der Effizienz von Wertschöpfungsketten, einschließlich der Entwicklung einer nachhaltigen, klimaverträglichen Verkehrsinfrastruktur in Papua-Neuguinea, begann jetzt mit der Instandsetzung und Wartung von zwei Zugangsstraßen zwischen Bauernhöfen und Märkten in der Provinz Sepik.

Die beiden neuen Straßen sollen den Landeigentümern, die Kakao, Vanille und Fisch produzieren, den Zugang zu weiteren Märkten mit lukrativeren Preisen ermöglichen und die abgelegenen Gemeinden für die Agrarindustrie öffnen.

Mit zwei Spatenstichen wurde der Beginn der Arbeiten gefeiert. Die erste Zeremonie fand am 22. Juli für die 7,8 km lange Banak-Wautogik-Straße entlang der Westküste des Distrikts Wewak statt. Am 28. Juli folgte dann der Startschuss für die 12,8 km lange Balif-Araseli-Straße im Distrikt Ambunti-Drekikier.

Diese Straßen sind Teil von 15 Zufahrtsstraßen zwischen Bauernhöfen und Märkten mit einer Gesamtlänge von 264 km, die im Rahmen des EU-STREIT-Programms in der ländlichen Sepikregion instandgesetzt und instandgehalten werden sollen.

Unmittelbar nach der Enthüllung der Projektinformationstafel und dem Durchschneiden des Bandes für die Straße Banak-Wautogik begann das lokale Unternehmen *Hiawani Ltd*, das den Zuschlag erhalten hatte, mit der Planung und Räumung des ersten Straßenabschnitts. Die Straße verbindet zwei lokale Gebietskörperschaften, und soll mehr als 2.000 Landwirten in den sechs Dörfern Banak, Bogumatai, Kotai, Kwangen, Walanduom und Wautogik dienen.

Die Dorfbewohner, vor allem die Frauen, zeigten sich begeistert von der geplanten neuen Straße: *„Das ist ein glücklicher Moment für uns. Wir stehen sehr früh am Morgen auf, tragen unsere Lasten und laufen mehr als vier Stunden zur Hauptstraße, um mit einem PMV [Public Motor Vehicle] in die Stadt zu fahren. Wir tragen auch unsere kranken Kinder und gehen diese Straße entlang, weil Fahrzeuge nicht hineinfahren können. Einige Mütter bringen ihre Babys auf der Straße zur Welt“*, erklärte etwa Dorfbewohnerin Joan Wapiake.

Tom Talis, Mitglied der Verwaltung des Bezirks Walanduom, forderte die Bauern in seinem Bezirk auf, *„die Straße künftig zu nutzen, um die Kakao-, Vanille- und Fischerei-Produkte zu verkaufen, damit wir unseren Lebensunterhalt selber bestreiten können“*.

Um eine gleichberechtigte Beteiligung zu fördern, wurde auch ein Treffen der Interessensgruppen mit den Gemeinden organisiert, um ein besseres Verständnis für das Projekt und die Maßnahmen zu erreichen. Anwesend war dabei der Leiter der Abteilung für Bauarbeiten und technische Dienste der Provinz Ostsepik und stellvertretender Provinzverwalter, James Baloiloi: *„Im Namen des Gouverneurs und des Provinzverwalters möchte ich dem EU-STREIT PNG-Programm danken, das vielen Gemeinden im Landesinneren zugutekommen wird“*, so Baloiloi.

Das zweite Projekt, die Balif-Araseli-Straße, wird mehr als 5.000 Landwirten aus neun Dörfern im Bezirk Ambunti-Drekikier Zugang zum Markt verschaffen. Die Firma *Midway Pacific Ltd* ist der Auftragnehmer für dieses Straßeninstandsetzungs- und -instandhaltungsprojekt, das auch bestehende öffentliche Einrichtungen in der Region wie Schulen, und Gesundheitszentren versorgen und den ländlichen Gemeinden Möglichkeiten für die Agrarwirtschaft eröffnen soll.

Der leitende technische Berater von ILO EU-STREIT PNG, Shailendra Kumar Jha, versicherte den Dorfbewohner\*innen in seiner Re-

de anlässlich des ersten Spatenstichs für die Balif-Araseli Road, dass die ILO-Ingenieure den Bau der Straße kontinuierlich überwachen werden, um die rechtzeitige Fertigstellung einer hochwertigen Straße sicherzustellen. Außerdem forderte er die Gemeindemitglieder auf, die Verantwortung für die Straßeninstandsetzung und spezielle Instandhaltungsprojekte zu übernehmen.

*Info:* Das *EU-STREIT PNG* wird als gemeinsames Programm der Vereinten Nationen (FAO als federführende Organisation und ILO, ITU, UNCDF und UNDP als Partner) durchgeführt. Es ist das größte mit Zuschüssen finanzierte Programm der Europäischen Union in der Pazifikregion. Das Programm zielt darauf ab, das Leben der Menschen in den Provinzen Ost-Sepik und Sandaun zu verbessern, indem es sich auf die Steigerung der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung ländlicher Gebiete durch verbesserte wirtschaftliche Erträge und Chancen aus den Wertschöpfungsketten in den Bereichen Kakao, Vanille und Fischerei konzentriert. (*Pressemittteilung EU STREIT 01.08.22, PNG Business News 05.08.22*)

## Porgera soll noch in diesem Jahr in Betrieb gehen

Nach Angaben des neuguineischen Premierminister James Marape soll die Gold- und Silbermine in Porgera in der Enga Provinz noch in diesem Jahr wieder in Betrieb genommen werden. Die Eigentümergesellschaft der Mine, die nationale Regierung, *Barrick Niugini Limited* und *Kumul Mining*, erwarten noch in diesem Jahr eine Einigung zwischen den traditionellen Landeignern im Enga-Gebiet und der Provinzregierung von Enga. Beiden war von den Eigentümern eine Gewinnbeteiligung in Höhe von 15 % an der Mine zugesagt worden, doch konnten sich die Landeigner und die Provinzregierung bis dato noch nicht auf die genaue Aufteilung dieser 15 % einigen.

James Marape erklärte, die nationale Regierung halte den Mehr-

heitsanteil von 51 % an der Mine. Deshalb sei es dringlich, diese so schnell wie möglich zu eröffnen, genauso wie andere geplante Bergbauprojekte im Land. Marape sagte, dass seine Regierung vor der Parlamentswahl 700 Millionen Kina über einen Zeitraum von sieben Jahren für den Aufbau der Infrastruktur im Porgera-Tal bewilligt habe.

*Info:* Die Porgera-Mine wurde im April 2020 stillgelegt, nachdem der Pachtvertrag ausgelaufen war und befindet sich seither in einem Wartungs- und Instandhaltungszustand.

Mark Bistrow, der geschäftsführende Direktor von *Barrick Niugini*, erklärte kürzlich, dass die Instandhaltung der Mine sehr teuer sei. Pro Monat würden dafür 35 Millionen Kina benötigt, so Bistrow. (*Pacific Mining Watch* 02.08.22)

## BOUGAINVILLE

### Neuer Minister

Der Abgeordnete für den Bezirk Margarima, Manasse Makiba von der *PANGU Partei*, ist zum Minister für Bougainville-Angelegenheiten ernannt worden. Zuvor war er seit Mai 2022 Minister für Transport und Infrastruktur.

Ishmael Toroama, der Präsident der *Autonomen Regierung von Bougainville* (ABG), sagte, das Ministerium und das *Nationale Koordinationsbüro für Bougainville-Angelegenheiten* (NCOBA) seien wichtige Bindeglieder für die nationale Regierung und die ABG bei der Umsetzung der autonomen Vereinbarungen für Bougainville.

*Info:* Das 11. nationale Parlament von Papua-Neuguinea bereitet sich darauf vor, das Ergebnis des Bougainville-Referendums aus dem Jahr 2019 zu ratifizieren, bei dem sich 97,7 Prozent der Bougainviller\*innen für die politische Unabhängigkeit von Papua-Neuguinea entschieden hatten. (*The National* 02.09.22)

### Große Risiken für Lokalbevölkerung

Ein neuer unabhängiger Bericht, in dem Satellitenbilder und andere historische Daten über die ehemalige Panguna-Mine des britisch-australischen Bergbaukonzerns *Rio Tinto* ausgewertet wurden, warnt vor großen Risiken für die lokale Bevölkerung durch instabile Mineninfrastruktur und Überschwemmungen, die durch die Ansammlung von Minenabfällen in den Flüssen verursacht werden.

Bei dem Bericht *„Panguna Mine - Environmental & Human Rights Impact Assessment“*, der von dem weltweit tätigen Umweltunternehmen *Tetra Tech Coffey* erstellt wurde, handelt es sich um eine vorbereitende Schreibtisch-Studie über die Mine, die als Grundlage für eine Umwelt- und Menschenrechtsverträglichkeitsprüfung dienen soll. Diese Prüfung soll noch in diesem Jahr beginnen.

In dem Bericht wird festgestellt, dass ein Deich an der Einmündung des Flusses Jaba in den Fluss Kawerong, der zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Mine errichtet wurde, *„mit ziemlicher Sicherheit irgendwann in der Zukunft zusammenbrechen wird“* und dass *„Strukturen und Menschen, die im Überschwemmungsgebiet flussabwärts des Jaba leben, direkt von Überschwemmungen oder Erdbeben betroffen wären“*. In dem Bericht heißt es, dass es aufgrund der begrenzten Informationslage noch nicht möglich ist, vorherzusagen, wann der Deich an der Einmündung des Kawerong in den Jaba brechen wird und wie schwerwiegend der Dambruch sein wird.

Der Bericht warnt auch davor, dass sich das Bett des Jaba-Flusses im Laufe der Zeit aufgrund von Überschwemmungen und der Anhäufung von zuvor abgelagertem Abraum angehoben hat. Dies führte dazu, dass der Jaba-Fluss 2017 seinen Lauf änderte und begann, in das Konaviru-Feuchtgebiet und den unteren Kuneka-Bach zu fließen, wodurch sich deren Überschwemmungsmuster änderten und sich dort Abraum abgelagerte. In

dem Bericht heißt es, dass *„diese Änderung des Flusslaufs in das Konaviru-Feuchtgebiet wahrscheinlich bestehen bleibt und in Zukunft der Schwerpunkt weiterer Ablagerungen von Abraum sein wird“*, was ein künftiges Überschwemmungsrisiko für die in diesem Gebiet lebenden Menschen darstellt.

Aufgrund der Dringlichkeit dieser Risiken soll in den kommenden Wochen eine rasche Risikobewertung durch *Tetra Tech Coffey* eingeleitet werden, die auch eine Inspektion vor Ort zur Überprüfung der Ergebnisse des Berichts umfassen soll. Der Prozess wurde außerhalb der formellen Folgenabschätzung eingeleitet und wird von der autonomen Regierung von Bougainville mit Unterstützung von *Rio Tinto* und der australischen Nichtregierungsorganisation *Human Rights Law Centre* geleitet.

Die anderen in dem Bericht genannten Punkte, darunter die Risiken, die von der alten Mineninfrastruktur ausgehen, und die Verschmutzung der örtlichen Flüsse und Wasserquellen, werden im Rahmen der formellen Folgenabschätzung untersucht, die im Laufe des Jahres beginnen wird.

Letztes Jahr verpflichtete sich *Rio Tinto*, die Folgenabschätzung zu finanzieren, nachdem 156 Mitglieder der örtlichen Gemeinde, vertreten durch das *Human Rights Law Centre*, eine Menschenrechtsklage eingereicht hatten. *Rio Tinto* hat sich bisher noch nicht verpflichtet, Lösungen für die im Rahmen der Folgenabschätzung ermittelten minenbezogenen Risiken oder Auswirkungen zu finanzieren.

Der Bericht von *Tetra Tech Coffey* wurde vom *Panguna Mine Legacy Oversight Committee* veröffentlicht, einem Multi-Stakeholder-Komitee, das sich aus Gemeindemitgliedern, Landbesitzern, Regierungsvertretern sowie Vertretern des *Human Rights Law Centre*, *Rio Tinto* und *Bougainville Copper Limited* zusammensetzt.

**Hier** geht es zu dem Bericht: <http://tanorama.com/pangunasecretariat.html>

Theonila Roka Matbob, traditioneller Landbesitzerin und Hauptbeschwerdeführerin in der Menschenrechtsbeschwerde, ist auch Parlamentsabgeordnete für das Gebiet, in dem sich die Mine befindet. Sie erklärte: *„Wir begrüßen das Engagement von Rio Tinto, diese Probleme zu untersuchen und die Regierung von Bougainville dabei zu unterstützen, das Risiko von Überschwemmungen des Deiches und des Kuneka Creek zu untersuchen.“*

*Dieser Bericht zeigt der Welt nur einen Teil dessen, womit wir jeden Tag leben. Jeden Tag machen wir uns Sorgen, dass Dämme über uns zusammenbrechen, dass Flüsse voller Minenabfälle unser Land und unsere Dörfer überfluten und dass das Wasser, das wir trinken und mit dem wir uns waschen, uns krankmacht,“* ergänzte die engagierte Aktivistin.

Keren Adams, amtierende Co-Geschäftsführerin des australischen *Human Rights Law Centre*, sagte: *„Dieser Bericht unterstreicht das verheerende ökologische Erbe der Panguna-Mine und die gefährliche, unberechenbare Situation, in der die lokalen Gemeinschaften leben müssen. Als wir diese Gemeinden besuchten, konnten wir aus erster Hand die verheerenden Auswirkungen der Schlammströme aus der Mine auf die Wasserquellen und Fischereigebiete der Gemeinden sehen. Wir sprachen mit Menschen, die flussabwärts der zusammenbrechenden Dämme leben und befürchten, dass ihre Häuser weggeschwemmt werden könnten.“*

*Hintergrund:* Im September 2020 reichten 156 Bewohner\*innen von Dörfern flussabwärts der Panguna-Mine, vertreten durch das *Human Rights Law Centre*, bei der australischen nationalen Kontaktstelle für die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen eine Beschwerde gegen *Rio Tinto* ein. In der Beschwerde ging es um die Umweltauswirkungen der Mine und die Auswirkungen auf das Leben der Menschen, die in der Nähe und flussabwärts der Mine leben, wie z. B. die Verschmutzung von Flüssen, der fehlende Zugang zu sauberem Wasser, Überschwemmun-

gen und Landzerstörung, zusammenbrechende Deiche, Nahrungsmittelknappheit und Krankheiten.

*Rio Tinto* hat sich öffentlich verpflichtet, im Jahr 2021 eine unabhängige Umwelt- und Menschenrechtsverträglichkeitsprüfung für die Mine zu finanzieren. Das Unternehmen hat sich allerdings noch nicht verpflichtet, die Säuberung und Sanierung der betroffenen Gebiete und Gemeinden zu finanzieren.

Derzeit läuft ein Ausschreibungsverfahren zur Auswahl eines unabhängigen Unternehmens, das sich aus Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsexpert\*innen zusammensetzt und die Phase 1 der Folgenabschätzung durchführen soll, die Ende des Jahres beginnen und etwa 18 Monate dauern soll.

Im Anschluss an die Folgenabschätzung werden weitere Gespräche zwischen dem Unternehmen, Vertreter\*innen der Gemeinden und anderen Interessensgruppen über die Empfehlungen der Folgenabschätzung und die nächsten Schritte stattfinden.

(<https://www.hrlc.org.au/news/2022/8/24/early-environmental-report-on-rio-tintos-former-panguna-mine-highlights-clear-risks-for-communities-nbsp>, Blog von Misereor-Consultant Dr. Volker Böge, Brisbane)

## SALOMONEN

### Wahlen auf 2024 Verschoben

Das Parlament der Salomonen hat am 8. September einen Gesetzentwurf zur Verschiebung der nächsten Parlamentswahlen verabschiedet, trotz der Einwände von Mitgliedern der Oppositionspartei, die Premierminister Manasseh Sogavare der Machtübernahme beschuldigt hatten.

Sogavare erklärte, er habe das Gesetz wegen der Gefahr von Protesten im Eiltempo durchgebracht. Der Gesetzentwurf, der mit 37 zu 10 Stimmen angenommen wurde, sieht eine Verfassungsänderung vor, die eine Verschiebung der Wahlen von 2023 auf das Jahr

2024 ermöglicht. Zwei Abgeordnete waren bei der Abstimmung nicht anwesend.

Die Handelskammer hatte vor der Parlamentssitzung zur öffentlichen Ruhe aufgerufen, um eine Wiederholung der Unruhen vom November 2021 zu vermeiden, bei denen Geschäfte im Stadtbezirk Chinatown in der Hauptstadt Honiara niedergebrannt worden waren.

Sogavare hatte argumentiert, die Salomonen könnten es sich finanziell nicht leisten, die Pazifikspiele, eine regionale Leichtathletik-Sportveranstaltung, für die China sieben Austragungsorte und Stadien baut, und eine Parlamentswahl im selben Jahr abzuhalten.

Australien hatte zwei Tage vor der entscheidenden Parlamentssitzung angeboten, die Wahlen zu finanzieren, was Sogavare zu einer offiziellen politischen Rüge veranlasste. Er bezeichnete den Zeitpunkt des Angebots als *„ausländische Einmischung“* und als einen Angriff auf die parlamentarische Demokratie der Salomonen. Später bedankte sich der Premier jedoch für die angebotene australische Finanzspritze und nahm diese an.

Oppositionsmitglieder haben Sogavares Rechtfertigung für die Verschiebung der Wahl in Frage gestellt und behauptet, die Regierung habe den Fokus auf das Recht des Volkes auf allgemeine Wahlen verloren.

*„Es bestand nie die Notwendigkeit, zwischen der Durchführung der Wahlen und der Ausrichtung der Pazifikspiele zu wählen“*, sagte Oppositionsführer Matthew Wale. *„Es gibt keinen triftigen Grund außer dem Machtstreben des Premierministers“*.

Der ehemalige Premierminister Rick Hou bezeichnete die Verschiebung der Wahlen als *„moralisch falsch“*.

Die Kontroverse über die Verzögerung kommt inmitten der Besorgnis der Oppositionsparteien über Sogavares Beziehungen zu China, das einen Fonds bereitstellt, aus dem er 20,9 Millionen salomonische Dollar (2,5 Millionen US-



Dollar) an 39 der 50 Parlamentsmitglieder im Jahr 2021 verteilt hatte.

Sogavares Regierung hatte im April des Jahres einen Sicherheitspakt mit China geschlossen, der es der chinesischen Polizei erlaubt, die soziale Ordnung wiederherzustellen und chinesische Infrastrukturprojekte zu schützen. (*The Guardian* 07.09.22, *Reuters* 08.09.22, *ABC Radio Australia* 08.09.22)

## Verbesserung der Telekommunikationsinfrastruktur

Die Kosten für die Verbesserung der Telekommunikationsinfrastruktur auf den Salomonen belaufen sich auf 66 Millionen US-Dollar. Die Finanzierung erfolgt über ein Darlehen der chinesischen Export- und Importbank (EXIM).

Ziel ist es, in den nächsten zwei Jahren mit Hilfe chinesischer Telekommunikationsfirmen 161 Funktürme im ganzen Land zu errichten.

Schätzungsweise 48 Türme sollen bis zur Eröffnung der Pazifikspiele im November/Dezember nächsten Jahres in Betrieb gehen. Für den Bau der Türme verantwortlich ist das *Solomon Islands National Broadband Infrastructure Project* (SINBIP).

Der ständige Sekretär des salomonischen Finanzministeriums, McKinnie Dentana, sagte auf einer Pressekonferenz, dass die Investitionen durch ein Darlehen der *EXIM Bank of China* getätigt werden können. Dieses soll zu Vorzugsbedingungen über 20 Jahre mit nur einem Prozent verzinst werden. Das Darlehen ist das erste seiner Art, das die Salomonen seit der Aufnahme Chinas als diplomatischen Verbündeten im Jahr 2019 in Anspruch nehmen. (*Solomon Islands News* 22.08.22)

## Müllproblem auf Gizo

Feste Abfälle (Englisch: solid waste) sind auf den Salomonen zu einem kritischen Umweltproblem geworden. Die unzureichende Durchsetzung von Gesetzen und

ein zerrüttetes gesellschaftliches Verhalten stellen eine Herausforderung bei der Bewältigung dieses Problems dar. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Studie über das Abfallverhalten der Bevölkerung auf der Insel Gizo.

Gizo ist die größte Stadt in der gleichnamigen Westprovinz der Salomonen mit etwa 8.000 Einwohner\*innen. Es gibt 21 chinesische Einzel- und Großhandelsgeschäften und einige Spirituosenläden. Hier befinden sich auch die Büros der Provinzverwaltung und anderer nationaler Regierungsinstitutionen.

Laut Recherchen fallen in Gizo 8.700 Tonnen Müll pro Tag an. Überall in der Stadt findet man Plastik, leere Getränkedosen aus Aluminium, Einwegteller und –becher, Autowracks und kaputte elektronische Geräte.

Ein Teil dieser festen Abfälle landet in den Abwassersystemen und wird später ins Meer geschwemmt.

Der Sekretär des Stadtrats von Gizo, Charles Kelly, sagte, die bestehende Umweltverordnung der Provinz, die Bestimmungen zur Regelung der Bewirtschaftung fester Abfälle enthält, sei völlig veraltet. Außerdem gebe es große rechtliche Lücken bei der Abfallvermeidung: *„Wir haben eine Vorschrift eingeführt, dass Einwegplastik auf dem Markt von Gizo verboten ist. Diese Vorschrift funktioniert auf unserem Markt sehr gut. Wenn man auf den Markt geht, verkauft niemand Einwegplastik, sondern man findet Körbe aus Kokosnussschalen, die die Kunden kaufen und als Einkaufstasche verwenden können. Diese Vorschrift gilt jedoch nicht für Einzel- und Großhandelsgeschäfte, da unsere bestehende Verordnung es uns nicht erlaubt, diese Vorschrift bei den Ladenbesitzern durchzusetzen“*, beklagte sich Kelly.

*„Die Stadtverwaltung von Gizo hat ihr Bestes getan, um den gesamten Müll in Gizo zu entsorgen, aber der Müll landet immer wieder auf den Straßen, an der Küste und auch in den Hinterhöfen. Das deutet, dass wir nach anderen Ansätzen suchen müssen“*, fügte Kelly hinzu.

Der Abteilungsleiter der örtlichen Müllabfuhr und Mülldeponie, Roy Saunders, sagte, die Verwaltung der Mülldeponie von Gizo benötige finanzielle und technische Unterstützung, um die Anlage instand zu halten. Eine weitere Herausforderung sei die Mülltrennung - und die Mentalität der Menschen.

*„90 Prozent der Haushalte in Gizo trennen ihre Abfälle nicht. Und wenn man unterbesetzt ist und die Aufgabe hat, den Müll in der ganzen Stadt einzusammeln, bleibt keine Zeit, den Müll während der Sammlung zu trennen. Alles, was man tun muss, ist, den Müll einzusammeln und alles auf der Mülldeponie zu entsorgen“*, beklagte sich Saunders.

Die Inspektorin für Umwelt und Gesundheit der Westprovinz, Merilyn Vana, stimmte ihm zu und beklagte, dass die Menschen ihren Müll überall hinwerfen und darauf vertrauen, dass er schon *„irgendwie verschwindet“*.

Randy Solomon, Gründerin und Vorsitzende von *Plastic Wise Gizo*, einer lokalen Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Gizo, erklärte, Einwegwindeln, Gasflaschen, Elektroschrott und Benzinkanister stellten die größte Umweltbedrohung für die Küsten und ihre Bewohner\*innen dar. Ihre Organisation mache regelmäßig am Freitag *„Beach-Clean-ups“*, aber diese seien nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Die Regierung der Salomonen versucht, die Abfallentsorgung in den Griff zu bekommen. Es wurde eine Reihe von Maßnahmen und Strategien entwickelt, die durch laufende Programme und Aktivitäten ergänzt werden. Letztes Jahr unterzeichneten der Stadtrat von Gizo und der Generaldirektor des Sekretariats des *Regionalen Umweltprogramms für den Pazifik* (SPREP) eine Absichtserklärung, um eine innovative und nachhaltige Lösung für die Bewirtschaftung der organischen Abfälle und Wertstoffe auf den Salomonen umzusetzen.

Die Projektmaßnahmen umfassen die Entwicklung und Umsetzung eines Programms zur Verarbeitung

organischer Abfälle in Gizo, das alle auf dem Zentralmarkt von Gizo anfallenden organischen Abfälle sammeln und kompostieren wird.

Die Projektinvestition wird auf den Salomonen ein ARFD-System (*Advance Recovery Fee & Deposit*) und eine entsprechende Gesetzgebung einführen, um die Recyclingquote im Land zu verbessern und die Einrichtung einer Wertstoffsammelstelle in Gizo unterstützen. Bis dato gibt es noch keine Recyclingmöglichkeit für Elektroschrott auf den Salomonen.

Eine weitere Bemühung, das Problem der festen Abfälle anzugehen, wird von einer neuen Partnerschaft zwischen Japan und den pazifischen Inseln angeführt. Am 17. August besiegelten Regierungsministerien, darunter das Umweltministerium, das Ministerium für Gesundheit und medizinische Versorgung, der Stadtrat von Honiara, der Stadtrat von Gizo und die *Japanische Agentur für Internationale Zusammenarbeit* (JICA) eine Partnerschaft zur Bekämpfung der Abfallproblematik durch die Umsetzung eines japanischen Projekts für technische Zusammenarbeit zur Förderung regionaler Initiativen zur Bewirtschaftung fester Abfälle - (J-PRISM) Phase II.

(*Earth Journalism Network, <https://theislandsun.com.sb/solid-waste-threatens-fragile-paradise-of-gizo/> 06.09.22*)

## FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Oliver Hasenkamp, Mitglied im Vorstand des Pazifik-Netzwerkes e.V., Berlin.]

### Wahl vermutlich im November – Genauer Termin weiter unklar

Der genaue Wahltermin für die Parlamentswahlen in Fidschi war zum Redaktionsschluss der *pazifik aktuell* weiter unklar. Viele Beobachter gehen aber davon aus, dass die Wahl im November 2022 stattfindet. Spätestens verkündet werden muss der genaue Wahltag laut den gesetzlichen Vorgaben aber erst bis zum 26. November, die Wahl dürfte dann allerspätes-

tens auch noch bis zum 9. Januar 2023 durchgeführt werden. Derzeit sind neun Parteien für die Wahl registriert. Laut Umfragen zeichnet sich ein knapper Ausgang ab zwischen der regierenden *Fiji First*-Partei, die erneut mit Premierminister Voreqe Bainimarama als Spitzenkandidat antritt, und dem Lager um den früheren Premierminister Sitiveni Rabuka mit seiner neuen Partei *The People's Alliance*, der von mehreren weiteren Oppositionsparteien wie der *National Federation Party* unterstützt wird. Sollte der 72-jährige Rabuka eine Mehrheit im Parlament erringen und sein Amt antreten können, wäre es der erste friedliche Machtwechsel in Fidschi seit dem Jahr 1999 – als Rabuka die Macht an seinen Nachfolger Mahendra Chaudhry übergab, was jedoch nur ein Jahr währte, bevor dieser durch einen zivilen Putsch gestürzt wurde.

Viele Menschen in Fidschi befürchten jedoch politische und möglicherweise auch gewalttätige Eskalationen rund um die Wahlen. Denn sowohl Rabuka im Jahr 1987 als auch Bainimarama im Jahr 2006 sind jeweils durch Militärputschs an die Macht gelangt und haben sich im Laufe ihrer Karrieren nicht unbedingt den Ruf großer Achtung vor der Demokratie erworben. Deshalb werden auch Versuche der Einflussnahme und des Wahlbetrugs befürchtet. Selbst dann, wenn es zu keinen gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den rivalisierenden Lagern kommen sollte, ist es aber insbesondere im Falle eines knappen Wahlergebnisses denkbar, dass Fidschi auf eine wochen- oder gar monatelange Pattsituation nach den Wahlen zusteuert, bei der die jeweils unterlegene Seite den Wahlsieg der anderen Seite nicht anerkennt.

Für den 68-jährigen, gesundheitlich angeschlagenen Premierminister Bainimarama, der nach seiner Machtübernahme im Jahr 2006 und seinen Wahlsiegen im Jahr 2014 und 2018 jeweils unangefochtener Machthaber des Landes war, waren die letzten Jahre durch einen zunehmenden politischen Machtverlust gekennzeichnet. Das schlägt sich etwa auch darin nie-

der, dass die Presse offener als bei früheren Wahlen auch über den Wahlkampf von Bainimaramas Herausforderer berichtet.

(*Radio New Zealand International 06.07.22, Fiji Sun 12.09.22, The Guardian 05.09.22, Wikipedia, siehe für eine ausführlichere Einschätzung zu den Wahlen und dem Wahlkampf auch die vorherige Ausgabe der Pazifik aktuell*)

### Kritik an neuem Wahlgesetz

Wenige Monate vor der Neuwahl des Parlaments hat die Regierung von Fidschi Anfang September trotz Kritik ein neues Wahlgesetz durchgedrückt. Mit der Gesetzesänderung erhält der sogenannte „*Supervisor of Election*“, Mohammed Saneem, weitere Befugnisse. Aus Sicht der Opposition ist die zentrale bisherige Aufgabe dieses „Wahlleiters“ die Registrierung von Wählerinnen und Wählern. Mit der neuen Regelung erhält er aber das Recht, schriftliche Stellungnahmen von Wähler\*innen etwa zu Vorkommissen im Wahlbüro zu verlangen. Aus Sicht der Regierung soll damit möglichen Rechtskonflikten vorgebeugt werden, indem sichergestellt wird, dass der Wahlleiter die ihm anvertrauten Aufgaben tatsächlich vollumfänglich erfüllen kann.

Kritiker\*innen fürchten jedoch, dass die Regelung das Recht auf den Schutz persönlicher Daten untergräbt, da der Wahlleiter zukünftig quasi ohne Begründung von jedem Wähler und jeder Wählerin persönliche Informationen verlangen kann. Eventuell könnte davon auch das eigentlich in der Verfassung garantierte Wahlgeheimnis betroffen sein, falls der Wahlleiter Informationen auch zum eigenen Wahlverhalten einfordert.

Biman Prasad, der Vorsitzende der oppositionellen *National Federation Party*, jedenfalls glaubt, der Wahlleiter sei nun fast „*wie ein Gott*“. Auch die fidschianische Richtervereinigung *Fiji Law Society* (FLS) fürchtet zumindest die rechtliche Grundlage für unverhältnismäßige Eingriffe in die Privatsphäre und Persönlichkeitsrechte.

Die Regierung hält die Aufregung hingegen für ein Wahlkampfmanöver und verweist darauf, dass sich ähnliche Formulierungen auch bereits in anderen Gesetzen für andere Ämter finden und damals weder die Opposition noch die Richtervereinigung die entsprechenden Gesetzesstellen kritisiert hätte. (*Radio New Zealand International* 01.09.22, 02.09.22)

### **Südkorean. Investigativnetzwerk belegt wirtschaftliche Verbindungen zwischen „Grace Road Church“ und fidschianischer Regierung**

Berichte investigativer Journalist\*innen aus Südkorea haben ergeben, dass sich ein dubioses Geschäftsimperium der umstrittenen und als Sekte eingestuften „Grace Road Church“ in den letzten Jahren rasant in Fidschi ausgebreitet hat – und dabei wohl Unterstützung von der fidschianischen Regierung erhalten hat. Die Enthüllungen haben auch in Fidschi viel Aufmerksamkeit erlangt.

Laut der Recherchen des *Organized Crime and Corruption Reporting Project* und des *Korean Centre for Investigative Journalists* betreibt die „Grace Road Church“ mittlerweile mindestens 54 Unternehmen in verschiedenen Sektoren in Fidschi, von denen einige eigentlich aufgrund von Gesetzen auf Aktivitäten von fidschianischen Staatsbürger\*innen und fidschianischen Unternehmen beschränkt und für ausländische Unternehmen gesperrt sind. Unter anderem ist die Sekte Betreiber der größten Kette von Restaurants in Fidschi und kontrolliert etwa 400 Hektar Farmland. Zu dem Unternehmensnetzwerk gehören außerdem Supermärkte, Tankstellen, Schönheitssalons und Zahnkliniken.

Hauptsitz der „Grace Road Church“ ist die sogenannte „Grace Farm“ in Navua, weitere Unternehmen befinden sich etwa in den Städten Suva, Nadi und Sigatoka. Mindestens 35 Unternehmen wurden laut den Recherchen erst nach dem Jahr 2018 geöffnet. Seitdem sitzt der Anführer der „Grace Road Church“, Ok-joo Shin, unter ande-

rem wegen Körperverletzung, Kindesmissbrauch und Freiheitsberaubung von Mitgliedern der Sekte in einem südkoreanischen Gefängnis. Spätestens seit diesem Zeitpunkt gilt die Sekte als geächtet und es werden weitere Führungsmitglieder per internationalem Haftbefehl gesucht. Möglicherweise befinden sich einige von ihnen jedoch weiter unbehelligt in Fidschi. Denn die investigativen Recherchen haben auch ergeben, dass die fidschianische Polizei entweder unfähig oder nicht willens ist, Ermittlungen gegen die Gruppe und einzelne Mitglieder entschiedener voranzutreiben. Das betrifft sowohl Anzeigen etwa wegen Freiheitsberaubung durch fidschianische Mitglieder der „Grace Road Church“ als auch Amtshilfe und Auslieferungsanträge aufgrund von Ermittlungen in Südkorea. So seien mehrere Sekten-Führer in Fidschi bereits vor vier Jahren wegen Menschenrechtsverletzungen inhaftiert worden, jedoch bereits am kommenden Tag freigelassen worden. Anschließend blockierte ein lokales Gericht in Fidschi eine Auslieferung. Laut Informationen der südkoreanischen Polizei seien die Verdächtigen freigelassen worden, nachdem sie sich nach ihrer Verhaftung mit dem fidschianischen Generalstaatsanwalt, dem damaligen Chef der Einwanderungsbehörde und dem persönlichen Sekretär von Premierminister Voreqe Bainimarama getroffen hätten.

Doch nicht nur deshalb werfen Oppositionspolitiker der Regierung eine „Rote Teppich-Behandlung“ führender Mitglieder der Sekte vor. Vielmehr hat die Unternehmensgruppe ungeachtet aller Vorwürfe seit dem Jahr 2015 Darlehen in Höhe von mindestens 8,5 Mio. Fidschi-Dollar (ca. 3,28 Mio. Euro) von der staatseigenen *Fiji Development Bank* erhalten. Laut den Investigativnetzwerken seien diese Darlehen nicht auf die übliche Weise vollständig dokumentiert worden und es sei nach Rückfragen der Eindruck entstanden, niemand wisse über diese Darlehen Bescheid.

Der Anführer der Partei *Unity Fiji*, die sich Hoffnungen macht, bei den anstehenden Wahlen erstmals

ins fidschianische Parlament gewählt zu werden, der frühere Gouverneur der fidschianischen Zentralbank Savenaca Narube, wirft der Regierung enge Verbindungen zu Mitgliedern der Sekte vor, die bei der Besetzung von Jobs in verschiedenen Branchen bevorzugt worden seien. Ebenso wie die früheren Premierminister Sitiveni Rabuka und Mahendra Chaudhry möchte er nach den Wahlen im Parlament durchsetzen, dass Ermittlungen zu den Verbindungen zwischen der derzeitigen Regierung und der „Grace Road Church“ aufgenommen werden.

Die Regierung hat sich zunächst nur zurückhaltend zu den Vorwürfen geäußert und streitet diese ab. Der stellvertretende Premierminister Aiyaz Sayed-Kahiyyum teilte mit, man habe zuvor noch nie von den Organisationen gehört, welche die Vorwürfe veröffentlicht haben.

(*Radio New Zealand International* 29.07.22, 03.08.22)

### **Fidschi und Salomonen schließen Abkommen zu ihren Seegrenzen**

Fidschi und die Salomonen haben im Juli 2022 ein Abkommen zu ihren Seegrenzen unterzeichnet, in dem sie sich auf einen genauen Grenzverlauf einigen und bisherige Grenzstreitigkeiten beilegen. Das Abkommen, das am Rande des 51. Gipfeltreffens der Regionalorganisation *Pacific Islands Forum* (PIF) in der fidschianischen Hauptstadt Suva unterzeichnet wurde, legt die genaue Grenze, die damit einhergehenden Rechte und Pflichten beider Staaten sowie die angrenzenden Meeresgebiete beider Staaten im Einklang mit dem Seerechtsabkommen der Vereinten Nationen erstmals schriftlich fest. Das Abkommen soll dauerhaft gelten – und zwar unabhängig von möglichen Veränderungen, die etwa durch den Klimawandel, insbesondere durch den Meeresspiegelanstieg, hervorgerufen werden könnten. (*Radio New Zealand International* 12.07.22)

## Wahl-Leitfaden in Braille erstellt

Um sicherzustellen, dass die Informationen während der (vermutlich) im November 2022 stattfindenden Parlamentswahlen für alle Menschen mit Behinderungen zugänglich sind, überreichte der US-Außenbeauftragte Tony Greubel Anfang Juli dem Vorsitzenden der Wahlkommission von Fidschi, Mukesh Nand, den ersten Leitfaden für die Stimmabgabe in Brailleschrift.

Die US-Behörde für internationale Entwicklung (USAID) hat im Rahmen ihres von der Pazifischen Gemeinschaft (SPC) durchgeführten Programms „*Promoting Just, Engaged, Civic-minded and Transparent Governance*“ diesen Leitfaden in Braille-Schrift erstellt. Es wurden 2.100 Exemplare gedruckt, so dass in jedem Wahllokal in Fidschi ein Exemplar für blinde oder sehbehinderte Personen zur Verfügung stehen kann.

Im Rahmen dieses Projektes arbeitete SPC eng mit der *International Federation of Electoral Systems* (IFES), der *Elections Disability Access Working Group* (EDAWG) und dem *Fiji Elections Office* (FEO) zusammen, um Wahlinformationen und damit verbundene Materialien für Menschen mit Behinderungen besser zugänglich zu machen.

Dazu gehört auch die Bereitstellung von Informationen in Brailleschrift für alle blinden und sehbehinderten Menschen. Dies ist das erste Mal überhaupt, dass Informationsmaterial zu den Wahlen auf den Fidschi-Inseln in diesem Format zur Verfügung steht. Die Herstellung des Braille-Führers „*Assisted voting steps - the easy-to-read guide for the General Election*“ wurde von der *Fiji Society for the Blind* übernommen.

Der Vorsitzende der Wahlkommission, Mukesh Nand, sagte bei der Entgegennahme der Brailleschriftführer: „*Die heutige Veranstaltung ist ein weiterer Schritt zum Aufbau von Wahlprozessen in Fidschi, die inklusiv sind und einen besseren Zugang und eine größere Beteiligung fördern.*“

Miles Young, Direktor der Abteilung für Menschenrechte und soziale Entwicklung bei der SPC, sagte, dass der Inhalt des Leitfadens demnächst auch in anderen alternativen Formaten wie Gebärdensprache, Audio, Video und leicht lesbaren Druckversionen zur Verfügung stehen wird, sowie in die Sprachen iTaukei und Hindi übersetzt wird.

*Info:* Der „*Assisted Voting Steps Easy to Read Guide*“ enthält nützliche Wahlinformationen für Wähler\*innen, einschließlich angemessener Vorkehrungen, die Menschen mit Behinderungen in den Wahllokalen zur Verfügung stehen, wie z. B. die Möglichkeit, eine Person ihrer Wahl mitzubringen und innerhalb eines 300-Meter-Radius um das gewählte Wahllokal wählen zu können. (Artikel von Julia Ratzmann. Pressemitteilung SPC Media 06.07.22)

## Kostenlose Herz-Operationen für Kinder

Seit der Eröffnung des *Sai Sanjeevani Children's Heart Hospital* in Suvas Vorort Nasese (Fidschi) am 27. April des Jahres konnten bereits 60 Kinder und Jugendliche zwischen acht Monaten und 16 Jahren kostenlos am Herzen operiert werden. Die Operationen führten dabei ehrenamtliche medizinische Teams aus den USA und Indien durch. Im September wird ein ehrenamtliches Team von Ärzten aus Singapur erwartet.

Dr. Krupali Tappoo, der ärztliche Direktor der Kinderherzklinik sagte, man werde zukünftig das Angebot kostenloser Herz-OPs auch auf Kinder aus anderen Pazifikstaaten ausweiten. So habe man vor kurzem bereits ein Kind aus Papua-Neuguinea erfolgreich operiert.

*Info:* Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist etwa ein Prozent aller weltweit geborenen Kinder von einem angeborenen Herzfehler betroffen. (Artikel von Julia Ratzmann. *Pacific Advocate* 10.08.22)

## VANUATU

### Neuer Präsident

Am 23. Juli wurde Nikenike Vurobaravu zum 12. Präsidenten der Republik Vanuatu gewählt. Acht Wahlgänge in drei Tagen wurden benötigt, bis sich das Wahlgremium (Engl.: *Electoral College*) mit 48 von 58 Stimmen auf den Kandidaten einigen konnte.

Vurobaravu hat versprochen, die nationale Einheit zu fördern und die Anstrengungen im Bereich des Klimawandels zu verstärken.

Der 1964 geborene Vurobaravu ist Mitglied der Partei *Vanua'aku Pati* (VP). Er war Koordinator des *Vanuatu Comprehensive Reform Program* für die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) und politischer Berater im Büro des Premierministers. Außerdem war er Hochkommissar von Vanuatu in Fidschi.

Vurobaravu folgt auf den Geistlichen Tallis Obed Moses, der seit Juli 2017 im Amt war. (*Vanuatu Daily Post* 26.07.22, *Wikipedia*)

### Ambitionierter Klimaplan

Die Regierung Vanuatus hat sich im August verpflichtet, die Stromerzeugung bereits bis zum Jahr 2030 zu 100 Prozent durch erneuerbare Energiequellen abzudecken. Vanuatu setze damit ein Beispiel für den Rest der Welt, ließ sich Tagaloa Cooper-Halo, Direktor des „*Climate Change Resilience Program*“ im Sekretariat des pazifischen regionalen Umweltprogramms SPREP zitieren.

Die Pazifiknation hat schon heute eine negative CO<sub>2</sub>-Bilanz. Dies bedeutet, dass es mehr CO<sub>2</sub> aufnimmt, als es produziert. Doch mit dem neuen Klimaplan geht der melanesische Inselstaat noch weiter und verpflichtet sich, fossile Brennstoffe fast vollständig abzuschaffen. Bei der Stromerzeugung will man bis 2030 zu 100 Prozent auf erneuerbare Quellen setzen. Außerdem soll eine Institution geschaffen werden, die Gemeinden unterstützt, welche wegen des

Klimawandels Schäden und Verluste erleiden.

Mit dem Klimaplan kommt Vanuatu als eines von nur weltweit 12 Ländern (laut des britischen „The Guardian“) einer Verpflichtung nach, die beim UN-Klimagipfel im vergangenen November im schottischen Glasgow diskutiert worden war. Dort wurden alle Länder der Erde aufgefordert, ihre Beiträge zum Klimaschutz bis Ende 2022 nochmals zu überdenken und zu verstärken.

Vanuatu verfolgt noch ein anderes ambitioniertes Ziel. So will der Inselstaat durch den Internationalen Gerichtshof in Den Haag (IGH) klären lassen, ob die menschengemachte Erderwärmung ein Verstoß gegen die Menschenrechte ist. Der IGH soll ein Gutachten zu den klimabedingten Schäden erstellen. Um dies in Gang zu setzen, braucht es allerdings die Zustimmung der UNO-Generalversammlung. Die Abstimmung darüber steht im September bei der Generalversammlung der UNO an. Nach Angaben der Regierung von Vanuatu unterstützen mehr als 80 Staaten aus der ganzen Welt ihr Streben nach einem Gutachten des IGH

*Info:* Laut dem sogenannten *Welt-risiko-Index* ist Vanuatu das am stärksten von Naturkatastrophen bedrohte Land der Welt. Neben dem Klimawandel gefährden Erdbeben und Vulkanausbrüche die Lebensgrundlagen der Bevölkerung. (*The Guardian* 14.08.22, *Neue Zürcher Zeitung* 21.08.22)

## Augenkrankheit ausgerottet

Vanuatu hat als erster pazifischer Inselstaat das Trachom, eine Tropenkrankheit, die zur Erblindung führen kann, eliminiert.

Nach der lymphatischen Filariose im Jahr 2016 ist dies bereits die zweite Krankheit, die in dem 83 Inseln umfassenden melanesischen Archipel ausgerottet wurde.

„Dies ist ein stolzer Moment für Vanuatu“, sagte Gesundheitsminis-

ter Bruno Leingkone in einer von der Weltgesundheitsorganisation WHO veröffentlichten Erklärung. WHO-Generaldirektor Dr. Tedros Adhanom Ghebreyesus gratulierte Vanuatu. „Dieser Erfolg zeigt das starke Engagement von Gesundheitspersonal, Gemeinden und Regierungen für den Schutz ihrer Bevölkerung und ein gesünderes Leben für alle“, erklärte er.

Vanuatus Erfolg unterstreicht den umfassenden Charakter der von der WHO empfohlenen S.A.F.E.-Strategie (Surgery – Antibiotics - Face Washing - Environment) zur Eliminierung des Trachoms. Dazu gehören die chirurgische Behandlung von Trichiasis, Antibiotika zur Beseitigung der Infektion, Sauberkeit im Gesicht und eine Verbesserung der Umweltbedingungen, um die Übertragung zu begrenzen. Das Land hat diese Maßnahmen kontinuierlich und methodisch umgesetzt und dafür gesorgt, dass die am stärksten ausgegrenzten und schwer erreichbaren Bevölkerungsgruppen in die Massenverabreichung von Medikamenten, die chirurgische Behandlung fortgeschrittener Fälle und die Gesundheitserziehung zur Vermeidung des Trachoms einbezogen wurden.

*Info:* Trachom ist eine hochansteckende bakterielle Augeninfektion. Die Krankheit wird durch eine Infektion mit Chlamydia-trachomatis-Bakterien verursacht. Sie wird auch als „ägyptische Körnerkrankheit“ bezeichnet und trifft vor allem arme Menschen in heißem Klima, wenn die hygienischen Verhältnisse extrem schlecht sind. Unbehandelt führt Trachom zur Erblindung.

Weltweit sind rund 136 Millionen Menschen von Trachom bedroht und laut WHO sind 1,9 Millionen Menschen durch Trachom erblindet oder sehbehindert. Der Erreger „*Chlamydia trachomatis*“ wird durch direkten Kontakt von Mensch zu Mensch übertragen. Er gelangt z.B. über die Hände in die Augen. Insbesondere in tropischen Ländern übertragen auch Fliegen den Erreger, indem sie sich in die Lidwinkel setzen und die Augen infizieren.

Epidemiologische Grundlagenerhebungen aus dem Jahr 2014 zeigten, dass 12 Prozent der Kinder im Alter von ein bis neun Jahren in Vanuatu an aktivem (entzündlichem) Trachom erkrankt waren, woraufhin ein nationales Gesundheitsprogramm zur Ausrottung dieser Krankheit gestartet wurde. (*Vanuatu Daily Post* 16.08.22, <https://www.cbm.de/informieren/vermeidbare-behinderungen/sehbehinderungen/trachom.html>)

## Kampf gegen Pornographie im Internet

In Vanuatu werden derzeit Rechtsvorschriften ausgearbeitet, die Internetsdiensteleister dazu verpflichten sollen, illegale, unzulässige und pornografische Webseiten herauszufiltern.

Nach Angaben des *Office of the Government Chief Information Officer* (OGCIO) wird die neue Gesetzgebung dafür sorgen, dass Menschen, die auf pornografische oder illegale Seiten zugreifen, durch eine Meldung an das OGCIO verwiesen werden.

„Wir wollen damit sicherstellen, dass wir die Inhalte unserer Online-Plattformen für soziale Medien sowie die Websites selbst schützen“, so der stellvertretende *Chief Information Officer* John Jack.

Laut Jack soll das neue Gesetz vor allem Minderjährige davon abhalten, Pornoseiten im Internet aufzurufen.

Einige zivilgesellschaftliche Gruppen haben das geplante Gesetz verurteilt, da eine solche Beschränkung der Internetnutzung eine Verletzung der Menschenrechte darstelle. Jeder müsse uneingeschränkten Zugang zu allen Inhalten im Netz haben und selber entscheiden dürfen, ob und was er/sie dort anschau, argumentierten die Kritiker\*innen.

Vanuatu ist Teil der Initiative „*Universal Access Policy*“. Das bedeutet, dass alle Menschen Zugang zu einem offenen Internet haben.

Im Kampf gegen die zunehmende Sexualkriminalität und die Zunahme der Nutzung von pornografi-

schen Seiten erklärte die Polizei von Vanuatu, dass diese universelle Zugangspolitik eine Kehrseite habe und man gemeinsam mit allen Interessensvertretern an der Entwicklung eines Gesetzes über schädliche digitale Inhalte arbeiten müsse. Beschränkungen der Internetnutzung solle es nur im Bereich Cyber-Kriminalität und Pornographie geben, hieß es weiter. Das verbriefte Recht des Einzelnen auf Privatsphäre werde man nicht antasten und auch die von vielen Nutzer\*innen befürchtete Beschränkung der Nutzung von sozialen Medien sei nicht geplant. (*The Pacific Advocate 03.09.22, Facebook*)

### Fidschian. Frauenrechtlerin ausgezeichnet

Die Koordinatorin des *Fiji Women's Crisis Centre* in Suva (FWCC), Shamina Ali, ist Anfang September bei einem Besuch in Vanuatu besonders geehrt worden. Aus den Händen von Präsident Nikenike Vurobaravu erhielt Ali die Jubiläumsmedaille zum 40-jährigen Bestehen von Vanuatu.

Die Medaille wurde der FWCC-Koordinatorin in Anerkennung ihrer großen Verdienste für Vanuatu verliehen, insbesondere für ihre Arbeit zur Beseitigung von häuslicher und sexueller Gewalt gegen Frauen und Kinder.

Neben ihrer Tätigkeit für das FWCC ist Ali Koordinatorin des pazifikweiten *Pacific Women's Network against Violence*. Seit über 30 Jahren engagiert sich die gebürtige Indu-Fidschianerin für die Rechte von Mädchen und Frauen, u.a. auch im *Vanuatu Women's Centre*.

Ali war nach Vanuatu gereist, um dort das neue Buch „*Herstory*“ des Vanuatu Women's Centre vorzustellen. (*Fiji News 03.09.22*)

## KANAKY (NEUKALEDONIEN)

### Kaledonische Union fordert Datum für Unabhängigkeits-erklärung

Auf einem Strategietreffen von Unabhängigkeitsbefürworter\*innen haben Mitglieder der Kaledonischen Union (*Union Calédonienne*) Ende August gefordert, dass Frankreich ein festes Datum für die Unabhängigkeit Neukaledoniens nennen muss. Der Parteivorsitzende Daniel Goa sagte, dass der Entkolonialisierungsprozess mit seinen drei Referenden im Rahmen des Nouméa-Abkommens von 1998 bisher nicht dazu geführt habe, dass Neukaledonien seine Unabhängigkeit erhält. Neukaledonien steht seit 1986 auf der UN-Liste für die Entkolonialisierung und stützt sich damit auf das international anerkannte Selbstbestimmungsrecht des indigenen Kanak-Volkes.

Im vergangenen Dezember stimmten mehr als 96 Prozent gegen die Unabhängigkeit, aber die Abstimmung wurde durch die mehrheitliche Stimmenenthaltung beeinträchtigt, nachdem Frankreichs Regierung die Bitten von Unabhängigkeitsbefürwortern um eine Verschiebung des Urnengangs wegen der Auswirkungen der Corona-Pandemie abgelehnt hatte. Die für die Unabhängigkeit eintretende FLNKS-Bewegung, zu der auch die *Kaledonische Union* gehört, weigert sich, das Ergebnis des dritten Referendums als legitimes Ergebnis des Entkolonialisierungsprozesses anzuerkennen.

Die französische Regierung besteht darauf, dass das Referendum gesetzeskonform war und will nun ein neues Statut vorlegen, über das Neukaledonien im Juni nächsten Jahres abstimmen soll. Paris hat ein Treffen der Unterzeichner des Abkommens von Nouméa im September einberufen, um die Situation zu erörtern, aber die FLNKS-Mitglieder haben bereits erklärt, dass sie nicht daran teilnehmen werden.

(*Radio NZ Intern 18.07.22, 29.08.22, <http://unioncaledonienne.com/>*)

## Neukaledonierin erhält Posten im frz. Parlament

Die Präsidentin der Südprovinz Neukaledoniens, Sonia Backès, hat einen Posten in der neu zusammengesetzten und erweiterten 42-köpfigen französischen Regierung erhalten.

Die französische Premierministerin Élisabeth Borne ernannte sie zur Staatssekretärin im Innenministerium, in das das ehemalige Überseeministerium integriert worden war.

Im Zuge der Umbildung des Kabinetts nach den französischen Parlamentswahlen im April wurde das Amt des Überseeministers abgeschafft und durch das Amt eines delegierten Ministers für die französischen Überseegebiete ersetzt. Das neue Amt erhielt der 70-jährige Jean-Francois Carencu.

Die bisherige Übersee-Ministerin Yael Braun-Pivet war nach nur einem Monat im Amt zurückgetreten, um erfolgreich für das Amt der Präsidentin der französischen Nationalversammlung zu kandidieren, zu der sie am 28. Juni gewählt wurde.

Sonia Backès sagte, dass sie ihr Amt als Präsidentin der Südprovinz beibehalten werde, während sie ins französische Innenministerium wechselt.

Sie ist die erste Politikerin aus Neukaledonien, die der französischen Regierung angehört. In diesem Jahr stand sie an der Spitze eines Zusammenschlusses von vier Anti-Unabhängigkeitsparteien in Neukaledonien, um den Wahlkampf für die *Renaissance-Partei* von Präsident Emmanuel Macron bei den Wahlen zur neuen französischen Nationalversammlung im April zu unterstützen.

Die beiden Sitze Neukaledoniens in Paris wurden von den Kandidaten ihrer Koalition gewonnen.

*Info:* Sonia Backès wurde am 21. Mai 1976 in Nouméa geboren. Sie hat einen Masterabschluss in Mathematik von der *Université de Pau*. Außerdem hat sie ein Diplom für technologische Forschung in In-

formatik der *Universität Joseph Fourier* in Grenoble. Seit 2017 ist sie Parteivorsitzende der Partei „*Républicains calédoniens*“ und seit 2019 Präsidentin der Südprowinz von Neukaledonien.

(Radio NZ Intern 05.07.22, <https://www.gouvernement.fr/ministre/sonia-backes>, Wikipedia)

## Militärübung *Tagata Toa*

Vom 3 bis zum 5. Mai fand im Süden von Neukaledonien eine groß angelegte Militärübung des Bündnisses FRANZ (France – Australia – New Zealand) statt.

Während der Übung „*Tagata Toa 2022*“ haben die kombinierten Streitkräfte für eine Vielzahl von regionalen Notfallszenarien, die von Katastrophenhilfe bis hin zu Kampfeinsätzen auf Kompanieebene reichten, trainiert und strategisch geprobt.

An der von den französischen Streitkräften in Neukaledonien (FANC) organisierten Übung nahmen Angehörige des Regiments der *Pazifischen Inseln-Neukaledonien* (RIMaP-NC) sowie Einheiten der neuseeländischen Armee und des 6. königlichen australischen Regiments (6 RAR) teil.

„*Sie [die Übung] festigt die Bereitschaft der FANC zur Zusammenarbeit mit regionalen Partnerstreitkräften sowohl auf taktischer als auch auf operativer Ebene,*“ erklärte ein französischer Militär-Sprecher.

Anfang dieses Jahres beteiligten sich Truppen aus allen drei Ländern sowie aus Fidschi an der Operation *Tonga Assist*, die der Bevölkerung von Tonga Soforthilfe leistete. Die Katastrophenhilfe erfolgte nach dem verheerenden Ausbruch des Vulkans *Hunga Ha'apai* und dem anschließenden Tsunami.

Nach Angaben der FANC war die Übung auf Neukaledonien „*inspiriert von jüngsten operativen Einsätzen*“, wobei die Beteiligung von Luftwaffe und Marine darauf abzielte, das Szenario „*so realitätsnah wie möglich zu gestalten*“.

*Info:* Die 1.450 Soldaten der Streitkräfte in Neukaledonien (*Forces Armées de la Nouvelle Calédonie*, FANC) haben in ihrem ständigen Zuständigkeitsbereich vor allem die Aufgabe, die Souveränität Frankreichs zu gewährleisten, die regionale Zusammenarbeit zu fördern und gute Beziehungen zu allen pazifischen Anrainerstaaten zu pflegen. Die FANC setzen sich regelmäßig bei Hilfsaktionen für die Bevölkerung ein und unterstützen dabei die anderen staatlichen Stellen.

(<https://www.overtdefense.com/2022/05/03/australie-french-and-kiwi-troops-train-in-new-caledonia/>, <https://www.nouvelle-caledonie.gouv.fr/Services-de-l-Etat/Defense/FANC-Forces-Armees-de-la-Nouvelle-Caledonie>)

## MIKRONESIEN

### † Yosiwo George

**Föderierte Staaten von Mikronesien:** Am 14. August verstarb an den Folgen einer Corona-Infektion der 81-jährige Yosivo Palikkun George. Er war Vizepräsident der Föderierten Staaten von Mikronesien in der 19. (2015 bis 2019) und 20. (2019 bis 2022) Legislaturperiode des Kongresses unter den Präsidenten Peter M. Christian und David W. Panuelo.

George war *Lieutenant Governor* von Kosrae, Gouverneur von Kosrae, Botschafter in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Israel und bei den Vereinten Nationen.

Der von der Insel Kosrae stammende Politiker (geb. 24. Juli 1941) erhielt am 17. August ein Staatsbegräbnis im Plenarsaal des Regionalparlaments in Pohnpei, wo er auch verstorben war.

Demnächst muss der Kongress einen neuen Vizepräsidenten wählen. Die Amtszeit der jetzigen Regierungsmitglieder endet am 11. Mai 2023, dann finden Neuwahlen statt. (*Marshall Islands Journal* 19.08.22, Wikipedia)

## Erstmals Corona-Ausbruch

**Nauru:** Nach dem erstmaligen Ausbruch des Corona-Virus auf Nauru Mitte Juni hat Präsident Lionel Aingimea den öffentlichen Notstand ausgerufen. Damit einher geht ein Verbot von privaten und öffentlichen Versammlungen von mehr als drei Menschen. Schulen und Kindergärten wurden geschlossen. Gottesdienste wurden ausgesetzt, desgleichen alle Sportveranstaltungen sowie alle inseltypischen Feierlichkeiten. Restaurants und Bars wurden geschlossen, private Picknicks in der Öffentlichkeit wurden untersagt.

Passagierflüge nach Nauru wurden von Mitte Juni 2022 bis Mitte Juli eingestellt. Die Einreise nach Nauru ist weiter nur für Personen mit vollständiger Impfung gemäß den Bestimmungen von Nauru möglich. Auch Genesene müssen einen vollständigen Impfschutz nach nauruischen Bestimmungen nachweisen. Aktuell sind Reisen nach Nauru nur über Brisbane (Australien) möglich.

Alle von Brisbane aus nach Nauru reisenden Personen müssen bereits vor Reiseantritt zwei Tage in einer von der nauruischen Regierung designierten Unterkunft in Brisbane in Isolation verbringen („*Pre-Travel Covid Safe Accommodation*“). Während der Isolation muss ein PCR-Test durchgeführt werden. Innerhalb von 24 Stunden vor der Weiterreise nach Nauru muss zudem ein Antigen-Schnelltest durchgeführt werden.

Die Nicht-Beachtung der Corona-Regeln kann mit bis zu 10.000 Dollar Strafe und/oder einer Gefängnisstrafe über 6 Monate geahndet werden.

Mit Stand 13. September waren 4.611 Corona-Erkrankungen auf Nauru registriert. 4.605 Menschen sind genesen, ein Mensch starb.

(<https://www.worldometers.info/coronavirus/country/nauru/>, <http://naurugov.nr/government-information-office/media-release/covid-19-update-by-president-lionel-aingimea-saturday-20-august-2022.aspx>, *Auswärtiges Amt* 05.09.22)

## MARSHALL-INSELN

### Corona-Ausbruch

Am 8. August haben die Behörden in Majuro den ersten Corona-Fall nach über zwei Jahren registriert. Im Oktober 2020 war das Virus erstmals bei zwei Reisenden entdeckt worden. Es kam zu 3.036 Fällen und zwei Toten, jedoch nicht zu einem größeren „Community outbreak“ des Virus.

Im Laufe des Monats August stiegen die Fallzahlen nun rasant an. Mit Stand 13. September sind 15.177 Fälle registriert. 17 Menschen starben an den Folgen der Erkrankung.

Nach Angaben des Gesundheitsministers Jack Niedenthal sind 75 Prozent aller durchgeführten Tests inzwischen positiv. 22 der 23 Gefängnisinsassen des Gefängnisses in Uliga wurden ebenfalls positiv auf das Virus getestet.

Die Marshall-Inseln haben schnell reagiert und eine allgemeine Maskenpflicht angeordnet. Außerdem wurde eine Ausgangssperre zu bestimmten Uhrzeiten verhängt. Schulen und Kindergärten wurden geschlossen und der nationale Gesundheitsnotstand wurde ausgerufen. Sonntägliche Gottesdienste wurden ausgesetzt. Viele Restaurants bleiben geschlossen.

*Info:* Auf den Marshall-Inseln leben ca. 80.000 Menschen. Die Impfquote liegt bei 70 %.

*(<https://covid19.who.int/region/wpro/country/mh>, BBC 15.08.22, 29.08.22, Marshall Islands Journal 19.08.22)*

### Erste Krönung seit 50 Jahren

Erstmals seit 50 Jahren hat im *Jabro Memorial Gymnasium* auf dem Atoll Ebeye am 21. und 22. Juli eine traditionelle Krönungszeremonie für einen sogenannten Paramount Chief (Marshallesisch: *Iroojlaplap*) stattgefunden. Hunderte Bewohner\*innen der Marshall-Inseln waren in traditioneller rot-goldener Festtagskleidung gekommen, um an der Krönung von Michael LaMañifi Kabua aus der

königlichen Kabua-Familie teilzunehmen. Michael Kabua trat in die Fußstapfen seines 2019 verstorbenen Bruders Imata Kabua. Michael Kabua ist der Onkel des derzeitigen amtierenden Präsidenten David Kabua.

Die Gäste waren mit Booten von den 12 Atollen der Ralik-Kette aus angereist. Jedes Atoll der Inselkette hatte dabei eine Delegation entsandt. Anlässlich der Krönung wurden von jungen Männern Stock- und Sitz-Tänze aufgeführt, die ganz besonderen Gelegenheiten vorbehalten sind. Jeder Programmpunkt der Feierlichkeiten wurde von einem Muschelton angekündigt. Die rund 11-stündige Feier wurde live auf Youtube gestreamt.

Logistische Unterstützung erhielten die Teilnehmenden der Krönung vom US-amerikanischen Personal der *Ronald Reagan Ballistic Missile Defense Test Site* auf dem Kwajalein-Atoll. Die Soldaten stellten Flugzeuge und Unterkünfte zur Verfügung und betreuten hochrangige Gäste aus dem Ausland. Neben Präsident David Kabua nahmen fast alle Kabinettsmitglieder sowie die vier ausländischen Botschafter auf den Marshall-Inseln an der Feier teil. Die meisten Gäste waren bereits einige Tage vor der Krönung angereist und wurden in den Klassenzimmern der örtlichen Schulen untergebracht. Dreimal täglich erhielten alle Gäste Mahlzeiten, die in Styropor-Behältern ausgegeben wurden. Die gesamte Inselgemeinschaft von Ebeye war in die Vorbereitung und Essensausteilung eingebunden.

Die letzte große Krönungsfeier hatte vor 50 Jahren stattgefunden, als Michael Kabuas Cousin, Amata Kabua, gekrönt worden war. Dieser war nach der formalen Unabhängigkeit der Marshall-Inseln 1979 auch zum ersten Präsidenten gewählt worden und hatte dieses Amt 17 Jahre lang inne.

*Info:* Mit rund 80.000 Einwohner\*innen auf einer Fläche von nur 181 Quadratkilometern gehören die Marshall-Inseln zu den kleinsten Staaten der Erde. Die Republik mit Majuro als Hauptstadt ist mit

den Vereinigten Staaten von Amerika durch ein Assoziierungsabkommen verbunden. Amtssprachen sind Marshallesisch und Englisch. Bis zur vollständigen Unabhängigkeit am 21. Oktober 1986 waren die Inseln ein von den USA kontrolliertes UN-Treuhandgebiet.

Neben der politischen und administrativen Verwaltung der Inseln spielt das traditionelle hierarchische Klan-System mit seinen jeweiligen Chiefs und Paramount Chiefs in der Gesellschaft nach wie vor eine große Rolle. (*Marshall Islands Journal 29.07.22, Der Standard 29.07.22, AFP 22.07.22*)

### Erstmals Internet auf Insel

Zum 1. Juli ist Ennibur Island im Kwajalein-Atoll an das Internet angeschlossen worden. Besonders freute dies die Studierenden im *Distance Learning Center* des *College of the Marshall Islands*. Das College hatte angekündigt, allen Studierenden über einen Zeitraum von 14 Tagen jeweils von 10 bis 22 Uhr die kostenlose Nutzung der internetfähigen Computer zu ermöglichen. Außerdem richtete das College einen W-Lan-Hotspot ein, dies führte zu hunderten von Menschen, die sich rund um das College aufhielten, um dort im Internet zu surfen.

Auf Ennibur leben rund 1.000 Bewohner\*innen. Es gibt kein festes Stromnetz, sondern die Einwohner\*innen sind von Solarenergie sowie von dieselgetriebenen Generatoren abhängig. Ein Großteil der erwerbstätigen Bevölkerung arbeitet auf der benachbarten Insel Roi-Namur, auf der sich die Radaranlagen der US-amerikanischen Raketenteststation *Ronald Reagan Ballistic Missile Defense Test Site* des Kwajalein-Atolls befindet. Dies führte zu der kuriosen Situation, dass sich die Menschen zwar mit ihren guten amerikanischen Gehältern internetfähige Smartphones, Tablets und Computer kaufen konnten, aber keinen technischen Zugriff auf das Internet hatten. (*Marshall Islands Journal 08.07.22, Wikipedia*)



## KIRIBATI

### Grenzen wieder geöffnet

Zum 1. August hat Kiribati seine Grenzen für den internationalen Tourismus wieder geöffnet. Im März 2020 hatte Kiribati seine Grenzen geschlossen und selbst den eigenen Staatsbürger\*innen die Einreise verweigert.

Der stellvertretende Leiter der Tourismusbehörde sagte, nach der langen Zwangspause erhoffe man sich nun einen Aufschwung des Tourismussektors. Namhafte Hotels in Kiribati hätten bereits gemeldet, dass sie im August und September ausgebucht seien.

Für die Einreise nach Kiribati benötigen Urlaubende eine Dreifach-Impfung (bzw. eine doppelte Impfung plus Genesenen-Nachweis). Außerdem müssen Urlaubende die ersten drei Tage in Quarantäne verbringen, aus der sie sich mit einem negativen Testergebnis einer offiziellen Corona-Teststation heraustesten können.

(<https://southpacificislands.travel/pacific-tourism-organisation-welcomes-kiribati-border-reopening-announcement/>)

## POLYNESIEN

### WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

#### Zerstörungen durch Monsterwellen

**US-Samoa:** Amerikanisch-Samoa hat Ende Juli den Katastrophenfall ausgerufen, nachdem der Inselstaat von für die Jahreszeit unüblichen „Monsterwellen“ betroffen war. Am schlimmsten traf es die kleine Vulkaninsel Aunu'u. Die Inselbevölkerung musste notversorgt werden, da die bis zu 6 Meter hohen Wellen große Teile der Gärten vernichtet hatten. Auf anderen kleinen Inseln mussten Familien in Küstennähe ihre Häuser verlassen und Zuflucht im Landesinneren suchen. Der Flughafen in Pago Pago wurde kurzzeitig für den Luftver-

kehr gesperrt.

Von den Monsterwellen betroffen war auch die Hauptinsel der Cook-Inseln, Rarotonga, sowie die Westküste der Insel Tahiti (Französisch-Polynesien). Hier erreichten die Wellen sogar eine Höhe von 9 Metern. 15 Häuser in Strandnähe wurden zerstört.

Auf Rarotonga mussten die Gäste eines Strandhotels noch in der Nacht evakuiert werden. Einwohner\*innen der Distrikte Titikaveka und Arorangi mussten ihre Häuser verlassen.

Experten vermuten ein Hochdruckgebiet über Neuseeland als Grund für die hohen Wellen. Das Wetter-Phänomen war zuletzt 2005 in Französisch-Polynesien beobachtet worden. (*Asia Pacific Report 16.07.22, Youtube-Videos, Marshall Islands Journal 22.07.22*)

#### Netflix-Star wird Matai

**Samoa:** Der 25-jährige Star der Serie „*Riverdale*“ auf dem Streaming-Dienst *Netflix*, Keneti James Apa, der die Hauptrolle des Archie Andrews spielt, erhielt am 1. September vom Dorf Moataa und den dortigen Häuptlingen (*Matai*) seinen traditionellen samoanischen Häuptlingstitel *Sāvāe* verliehen.

Der Häuptlingstitel ist mit einer gewissen Verantwortung gegenüber der Familie, dem Dorf und dem Land verbunden.

An der feierlichen Zeremonie in Apas Heimatdorf nahmen zahlreiche Einwohner\*innen teil. Zum Abschluss des traditionellen Zeremoniells nahm Apa eine Schale Kava entgegen und bedankte sich in samoanischer Sprache – die er nur rudimentär spricht – für die Übertragung des Matai-Titels. „*O la'u fautuaga - o le a ou tautua i le tatou aiga ma le tatou nu'u. Fa'afetai i le Atua.*“ (My goal is to serve my family and my village. Thank you, God.)

*Info:* Keneti James Apa wurde am 17. Juni 1997 in Auckland (Neuseeland) geboren und ist dort aufgewachsen. Sein Vater ist ein Matai aus dem Dorf Moataa, Tupa'i

Keneti Apa. Seine neuseeländische Mutter Tessa Apa hat einen Teil ihrer Kindheit in Samoa verbracht, als ihr Vater in den 1970er Jahren der Oberste Richter des Landes war. Apas Großvater väterlicherseits war Tupa'i Se Apa, ein Rechtsanwalt und ehemaliger Generalstaatsanwalt.

Apa ist gelernter Schauspieler und spielte u.a. die Hauptrolle in „*A Dog's Purpose*“ (2017), „*The Hate U Give*“ (2018) und „*I Still Believe*“ (2020). 2021 veröffentlichte der Gitarrist sein erstes Soloalbum, das Indie-Folk-Rock-Album „*Clocks*“, das auf Spotify und Tiktok Beachtung fand.

Seit 2020 führt er eine Beziehung mit dem französischen Top-Model Clara Berry. Ihr gemeinsamer Sohn wurde am 23. September 2021 geboren.

(<https://www.insider.com/riverdale-star-kj-apa-samoan-chief-2022-9>, Wikipedia)

#### Cook-Inseln wollen Homosexualität entkriminalisieren

**Cook-Inseln:** Die Cook-Inseln sind die jüngste Nation im Pazifik, die sich für eine Entkriminalisierung der Homosexualität einsetzt.

In einem Entwurf des Gesetzes über Straftaten sollen die Abschnitte gestrichen werden, die Homosexualität als Straftat bezeichnen.

Premierminister Mark Brown hatte seine Absicht, den entsprechenden Teil des Gesetzes zu ändern, bereits bei der Ankündigung der Überarbeitung der Strafgesetze deutlich gemacht. Die Strafgesetze des Landes traten 1969 in Kraft und wurden seither nicht mehr überarbeitet.

Die regionale Interessensvertretung *Pacific Sexual and Gender Diversity Network* (PSGDN) begrüßte die Absicht zur Entkriminalisierung. Der Geschäftsführer der PSGDN, Isikeli Vulavou, sagte, dies sei ein positiver Schritt zur Verwirklichung der Menschenrechte von LGBTQI-Personen auf den Inseln. „*Wir freuen uns auf baldige positive Veränderungen und werden den Premierminister auch wei-*

terhin für seine Worte und Zusagen zur Rechenschaft ziehen", sagte er. „Ich hoffe, dass dies nicht nur ein Wahlkampftrick oder ein Stimmenkauf durch den Premierminister und seine Regierung ist“.

**Hintergrund:** Die Streichung der Homosexualität aus dem Strafgesetzbuch ist auf den Cook-Inseln seit etwa zehn Jahren im Gespräch. Die Inseln gehören zu den sieben Ländern im Pazifik, in denen Homosexualität immer noch strafbar ist. Kiribati, Papua-Neuguinea, Samoa, die Salomonen, Tonga und Tuvalu sind die anderen Pazifikstaaten, in denen Homosexualität mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft werden kann. Während es in der gesamten Region eine wachsende Bewegung für die Überarbeitung der Gesetze gibt, sind viele christliche Kirchen strikt dagegen.

Für einige Pazifikstaaten ergibt sich daraus ein verfassungsrechtliches Dilemma, da sie laut ihren Verfassungen als christliche Staaten anerkannt sind.

Auf den Cook-Inseln, die laut Verfassung ein christlicher Staat sind, wurde die Ankündigung des Premierministers in der Öffentlichkeit positiv aufgenommen, doch wurde bezweifelt, dass das Gesetz zügig geändert wird.

**Update:** Am 1. August entschieden sich bei einer Volksabstimmung 62 Prozent der Wahlberechtigten für die Entkriminalisierung von Hasch zu medizinischen Zwecken. 35 % stimmten dagegen. 3 % enthielten sich. (Cook Islands News 14.07.22, Amtsblatt Cook Islands Gazette 11.08.22)

## Wahlergebnisse

**Cook-Inseln:** Am 1. August fanden auf den Cook-Inseln Parlamentswahlen statt. Die 24 Abgeordneten des Parlaments wurden in Einzelwahlkreisen in einem Mehrheitswahlverfahren gewählt.

Es wurden 8.827 gültige Stimmen registriert. Wahlgewinner war die Cook Islands Party (CIP) mit 3.890 Stimmen (44,07 %). Sie konnte 2

Parlamentssitze hinzugewinnen und ist jetzt mit 12 Parlamentariern vertreten. Die Democratic Party kam auf ein historisches Tief und verlor 6 Sitze, sie ist jetzt nur noch mit 5 Sitzen vertreten. Die neu angetretene Cook Islands United Party holte auf Anhieb 1.660 Stimmen (18,81 %) und zog mit drei Sitzen ins Parlament ein. Die Partei One Cook Islands Movement kam auf 237 Stimmen und erhielt damit einen Sitz. Für die Progressive Party of the Cook Islands entschieden sich nur 18 Wähler\*innen, die Partei verpasste damit den Einzug ins Parlament. Auf die unabhängigen Kandidaten entfielen 645 Stimmen und damit drei Sitze.

Mark Stephen Brown (geb. 28.02.1963) von der CIP bleibt Premierminister.

**Info:** Die Cook-Inseln sind unter Selbstverwaltung in freier Assoziation mit Neuseeland. Sie sind für die inneren Angelegenheiten voll verantwortlich; Neuseeland behält die Verantwortung für die äußeren Angelegenheiten und die Verteidigung in Absprache mit den Cook-Inseln. (Amtsblatt Cook Islands Gazette 11.08.22, CIA World Factbook)

## Schauspielerin spielt in australischer Kultserie

**Cook-Inseln:** Die 26-jährige Angelina Rongokea Thomson von den Cook-Inseln hat eine der begehrten Rollen in der australischen Vorabendserie „Home and Away“ ergattert. In der Serie übernimmt die im australischen Queensland aufgewachsene Thomson die Rolle der Kirby Aramoana, Mitglied einer Musikband. Schon als kleines Kind schaute die gelernte Schauspielerin gemeinsam mit ihrer Familie die Serie, sah als Frau polynesischer Abstammung aber zunächst keine Möglichkeit, als Schauspielerin in das „weiße“ Team der Serie aufgenommen zu werden. Mit dem Auftauchen der Familie Parata, einer Maori-Familie, in der Sendung wuchsen die Chancen, eine der Frauenrollen zu ergattern.

Thomson sagte, sie habe vor der Zusage darüber nachgedacht, nach Neuseeland zu ziehen und

für die Serie „Shortland Street“ vorzusprechen, wo es mehr polynesischen Rollen in der Besetzung und in den Handlungssträngen gibt. Jetzt freue sie sich sehr, in einer der beliebtesten australischen Serien mitspielen zu können.

**Info:** „Home and Away“ ist eine australische Seifenoper, die seit dem 17. Januar 1988 auf dem Fernsehsender Seven Network ausgestrahlt wird. Sie dreht sich um das Paar Pippa und Tom Fletcher, das in der australischen Wildnis in einem Park mit Pflegekindern lebt. Mit mehr als 7.800 Folgen ist sie die zweiterfolgreichste Serie in Australien. Im Durchschnitt wird die Serie von 1,4 Millionen Zuschauern verfolgt. Die Serie erhielt seit 1989 30 Logie-Awards (den australischen Fernsehpreis). (Stuff NZ 19.08.22, Wikipedia)

## FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI

### Empfehlung gegen Tiefseebergbau

**Frz.-Polynesien:** Das französische Überseegebiet hat über den Entwurf einer Stellungnahme für ein vorübergehendes Verbot von Bergbauprojekten auf dem Meeresboden abgestimmt.

Im Rat für Wirtschaft, Soziales, Umwelt und Kultur von Französisch-Polynesien stimmten 43 Mitglieder für den Vorschlag, zwei enthielten sich. Der Rat hat eine beratende Funktion bei der Verabschiedung von Gesetzen durch die territoriale Regierung von Französisch-Polynesien und spricht Empfehlungen aus.

Die Empfehlung zum Verbot von Tiefseebergbau kam, nachdem der Präsident von Französisch-Polynesien, Edouard Fritch, auf dem Treffen des Pacific Islands Forum Mitte Juli eine Resolution zum Verbot des Meeresbodenbergbaus verabschiedet hatte.

„Wir sind das erste Mitgliedsland des Pacific Islands Forums, das diese Resolution zur Erkundung des Meeresbodens verabschiedet

hat", erklärte der Minister für Meeresressourcen, Heremoana Maamaatuaiahutapu. „Kiribati, Nauru und die Cookinseln sind bereits in einen Explorationsprozess eingebunden. Wir müssen unsere Vettern im Pazifik davon überzeugen, diesen Wahnsinn zu beenden“, forderte der Minister vehement.

Im Mai hatte Maamaatuaiahutapu erklärt, dass die französischen Überseegebiete Wallis und Futuna, Neukaledonien und Französisch-Polynesien in Bezug auf den Tiefseebergbau dieselbe Haltung einnehmen: „Wenn wir untersuchen müssen, was sich auf dem Meeresboden befindet, dann sollte dies ausschließlich zum Wissenserwerb und nicht zum Zwecke der Ausbeutung geschehen. Wir haben 502 Seamounts aufgelistet und kennen keinen einzigen davon. Ich denke, es ist wichtig, mehr über die biologische Vielfalt um diese Seeberge herum zu wissen als nur die Mineralien, die sie beherbergen“, sagte er damals.

**Info:** Die Ausschließliche Wirtschaftszone von Französisch-Polynesien ist mehr als 4,7 Millionen Quadratkilometer groß und macht fast die Hälfte der Wasseroberfläche unter französischer Gerichtsbarkeit aus.

(<https://www.deeperblue.com/french-polynesia-looks-to-ban-seabed-mining/>, Fiji Times 09.11.22)

## Verpflichtung zum nachhaltigen Tourismus

**Frz.-Polynesien:** Französisch-Polynesien hat Mitte August die Selbstverpflichtung der pazifischen Staats- und Regierungschefs zum nachhaltigen Tourismus unterzeichnet. Mit der Unterzeichnung der Verpflichtungserklärung ist Französisch-Polynesien nach den Föderierten Staaten von Mikronesien, Samoa, Neukaledonien, Niue, Vanuatu, Timor-Leste, Tokelau, den Salomonen und Tonga das zehnte Mitglied der *Pazifischen Tourismusorganisation* (SPTO), das sich offiziell zum umweltverträglichen und nachhaltigen Tourismus bekennt.

Die Erkenntnis, wie wichtig der regionale Zusammenhalt im Bereich des nachhaltigen Tourismus nach der COVID-19-Pandemie ist, war der ausschlaggebende Faktor des französischen Überseeterritoriums für die Unterzeichnung der Erklärung.

Bei der Unterzeichnung wies der Präsident von Französisch-Polynesien und der für Tourismus zuständige Minister, Edouard Fritch, auf die Verbindungen zwischen der regionalen Selbstverpflichtung und der Tourismusedwicklungsstrategie seines Landes (*Faariira'a manihini 2027*) hin. „Auf nationaler Ebene verstärken wir unsere Bemühungen um mehr Nachhaltigkeit und Inklusivität im Tourismussektor und wir freuen uns, dass wir diese Gedanken auch auf regionaler Ebene durch die Verpflichtung der Pazifikführer zum nachhaltigen Tourismus unterstützen können“, sagte Fritch.

Die SPTO-Verpflichtungserklärung stützt sich auf pazifische Werte und Praktiken, die eine bessere Planung, Entwicklung und Verwaltung des nachhaltigen Tourismus ermöglichen, um pazifische Reiseziele für zukünftige Generationen attraktiv zu machen und sie zu erhalten.

**Info:** Im November richtet die SPTO auf den Cook-Inseln das erste Gipfeltreffen zum nachhaltigen Tourismus in Ozeanien aus, den *Pacific Sustainable Tourism Leadership Summit*. (Pressemitteilung SPTO 19.08.22)

## Corona-Auswirkungen auf Haie und Rochen

**Frz.-Polynesien:** Im Wasserschutzreservat *Tiahura Marine Reserve* in der Lagune der Insel Moorea ist es während der Corona-Pandemie zu einem Rückgang der Population von Haien und Rochen gekommen. Das ist das Ergebnis einer Studie zum Vorkommen dieser Arten vor, während und nach der Pandemie.

Das Wasserschutzgebiet im Nordwesten der Insel Moorea ist von flachen Korallenriffen umgeben,

die in einen sandigen Boden eingebettet sind, der es den Besuchenden ermöglicht, zwei Plattenkiemer-Arten zu beobachten und zu füttern: Schwarzspitzen-Riffhaie (*Carcharhinus melanopterus*) und Rosa Rochen (*Pateobatis fai*). Schwarzspitzen-Riffhaie sind klein und in flachen, küstennahen Gewässern in der Nähe von Riffen zu finden. Sie sind an der Färbung ihrer Flossen zu erkennen und kommen im gesamten tropischen Indo-West- und Zentralpazifik vor. Rosa Rochen sind im tropischen Indo-West- und Zentralpazifik zu finden, wo Gruppen dieser rosa-farbenen Rochen auf Sandflächen und in der Nähe von Riffen ruhen. Die Bestände beider Arten sind weltweit rückläufig und werden in der Roten Liste der IUCN als „nahezu bedroht“ bzw. „gefährdet“ geführt.

In Französisch-Polynesien teilen sich diese beiden Arten ihren Lebensraum in den Lagunen. Dies könnte mit der täglichen und ganzjährigen Fütterung dieser Tiere zusammenhängen, die seit den 1980er Jahren offiziell in Tiahura durchgeführt wird. Zur Fütterung der Plattenkiemer kommen 145.000 Tourist\*innen pro Jahr auf die sechs verschiedenen Inseln Französisch-Polynesiens; auf die Insel Moorea kommen dabei durchschnittlich 40.000 Menschen jährlich. Die Haie und Rochen wissen genau, wann sie mit Fischabfällen und gefrorenen Tintenfischen gefüttert werden und sind meist schon ein paar Stunden vor der Ankunft der Menschen in der Lagune.

Im ersten Lockdown während der Corona-Pandemie vom 20. März bis zum 30. April 2020 kam kein einziger Besucher zu den Tieren und es konnte keine Fütterung stattfinden.

Bereits vor der pandemiebedingten Sperrung des Reservates waren die Vorkommen der Plattenkiemer in früheren Studien bestimmt worden. Die Hauptautorin Clémentine Séguigne vom *Laboratoire d'Excellence CORAIL* in Moorea leitete ein Team, das mit Hilfe von Drohnenaufnahmen und Unterwasserzählungen die Häufigkeit

dieser beiden Arten vor, während und nach der Wiedereröffnung verfolgte und so die Auswirkungen der Versorgung auf wilde Elasmobranchier-Populationen untersuchte. Sie fanden heraus, dass die Abwesenheit von Menschen und Nahrung während dieses langen Zeitraums dazu führte, dass die Plattenkiemer das Gebiet fast vollständig verließen.

Faszinierend war für die Wissenschaftler\*innen die Entdeckung, dass einen Tag vor der Wiedereröffnung der Insel (und der Wiederaufnahme vieler Freizeitaktivitäten) einige Individuen beider Arten auf den akustischen Reiz eines einzigen Motorboots reagierten und erneut in die Lagune geschwommen kamen. *„Unsere Ergebnisse deuten darauf hin, dass sich Haie und Rochen über einen Zeitraum von mehr als sechs Wochen an Reize erinnern können. Dieses Ergebnis bestätigt die Widerstandsfähigkeit der Konditionierung, wie sie in früheren Studien bei anderen Elasmobranchier-Arten nach absichtlicher Beendigung künstlicher Reize beschrieben wurde“*, erklärten die Autor\*innen.

Die Tiere hätten gelernt, dass die Besucher\*innen mit Nahrung kämen und würden sich nur deshalb wieder im Schutzgebiet einfinden, hieß es weiter in der Studie.

(<https://www.forbes.com/sites/melissacristina-marquez/2022/05/09/did-covid-19-impact-sharks-and-rays-in-french-polynesia/?sh=18bc928c25b8>)

## Erster Corona-Fall

**Pitcairn:** Auf den Pitcairn-Inseln ist nach fast zweijähriger vollständiger Isolation Mitte Juli der erste Corona-Fall aufgetreten.

Die winzige Inselgruppe im östlichen Pazifik mit rund 40 Einwohner\*innen hatte es bis jetzt geschafft, infektionsfrei zu bleiben, indem sie sich komplett von der Außenwelt abgeschottet hatte.

Die im März 2020 verhängten Grenzbeschränkungen waren zum 1. April 2022 gelockert worden. Einer der Inselbewohner, der sich außerhalb der Insel in ärztliche Behandlung begeben hatte, wurde

jetzt nach seiner Rückkehr positiv getestet. Er und seine Mitreisenden wurden zwar sofort isoliert. Trotzdem verzeichnete die Weltgesundheitsorganisation WHO mit Stand 12. September vier bestätigte Corona-Fälle. Bis zum 28. Februar 2022 waren 106 Impfdosen geimpft worden.

(<https://covid19.who.int/region/wpro/country/pn>, Radio NZ Intern. 19.07.22)

## Rapa Nui öffnet für Reisende

**Rapa Nui:** Zum 5. August hat die Osterinsel ihre Grenzen für ausländische Reisende wieder geöffnet, nachdem die zu Chile gehörende Insel im östlichen Pazifik 900 Tage lang für den Tourismus geschlossen war.

Tourist\*innen müssen einen negativen PCR-Test vorweisen, der nicht länger als 24 Stunden vor der Abreise auf die Insel durchgeführt wurde. Kinder unter sechs Jahren können stattdessen einen Antigen-test machen. Außerdem müssen die Reisenden einen so genannten „Mobilitätspass“ vorlegen, der einen vollständigen Impfschutz nachweist.

Darüber hinaus müssen alle Reisenden die Standardeinreisebestimmungen für die Insel erfüllen, d. h. einen gültigen Personalausweis/Reisepass vorlegen, das einheitliche Formular für die Einreise auf die Osterinsel ausfüllen, ein Hin- und Rückflugticket für die Insel nachweisen und nicht länger als 30 Tage auf der Insel bleiben sowie eine staatlich genehmigte Touristenunterkunft reservieren oder ein Einladungsschreiben eines Einwohners der Insel vorlegen.

Trotz der recht komplizierten Einreiseregeln kamen am ersten Tag der Grenzöffnung bereits 230 Reisende auf die Insel.

Die örtliche Regierung hat in Erwartung der Wiedereröffnung der Insel ihr Krankenhauspersonal aufgestockt und die mit COVID-19 verbundenen Gesundheitsdienste ausgebaut, wie Rapa Nuis Bürgermeister Pedro Edmunds erklärte.

(<https://www.travelpulse.com/news/destinations/rapa-nui-reopens-to-travelers.html>)

## HAWAII

### Bedarf an erschwinglichem Wohnraum führt zu langen Wartelisten

In Hawaiis Hauptstadt Honolulu drängen die Behörden auf mehr erschwinglichen Wohnraum. Um ihre Chancen auf eine Sozialwohnung zu erhöhen, ermutigen Hausverwaltungen die Menschen, sich zeitgleich für Wohnungen in mehreren Gebäuden zu bewerben. Inzwischen sind die Wartelisten für Sozialhilfeempfänger\*innen und Menschen mit niedrigem Einkommen zwischen sechs Monaten und drei Jahren lang.

Das lokale Immobilienverwaltungsunternehmen *Hawaii Affordable Properties* verwaltet 5.000 Mietwohnungen im Bundesstaat, darunter auch einige, die von der Stadt und dem Bezirk Honolulu gebaut wurden. Die Bewerber\*innen werden hier nach dem Prinzip „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“ behandelt, wobei die Wohnungen in der Regel nur dann frei werden, wenn jemand aus dem Haus geworfen wird oder auszieht.

Die genaue Zahl der Menschen, die auf bezahlbare Mietwohnungen warten, lässt sich nicht ermitteln, da sich viele für mehrere Wohnungsbau-Projekte bewerben. Der Staat und die Bezirke führen zwar ein Wohnungsregister über Sozialwohnungen, aber die Wartelisten für die einzelnen Gebäude liegen in der Verantwortung der jeweiligen Hausverwaltungen.

Kali Watson, Präsidentin und Geschäftsführerin des gemeinnützigen *Hawaiian Community Development Board*, sagte, die Warteliste spiegele den *„enormen Bedarf an erschwinglichem Wohnraum“* wider, insbesondere für Menschen, die weniger als 60 % des Medianeinkommens der Region verdienen. Das Medianeinkommen eines Alleinstehenden liegt bei 79.300 US-Dollar.

Einem Bericht des staatlichen Ministeriums für Wirtschaft, Entwicklung und Tourismus aus dem Jahr 2016 zufolge bräuchte Hawaii bis zum Jahr 2025 64.700 erschwing-

liche Wohneinheiten, um den Bedarf zu decken. Laut dem letzten Bericht des Ministeriums aus dem Jahr 2019 würden allein in Oahu zwischen 2020 und 2030 etwa 21.000 zusätzliche Wohneinheiten benötigt.

Trey Gordner, Projektleiter des *Hawai'i Zoning Atlas*, erklärte, dass es zwar landesweit eine Wohnungsknappheit gebe, das Problem auf der Insel Oahu aber anders gelagert sei, da es dort strenge Bebauungsgesetze gebe und das Bauland begrenzt sei.

(<https://www.civilbeat.org/2022/09/a-tremendous-need-for-affordable-housing-in-hawaii-leads-to-long-waitlists/>)

### Leitfaden für Abtreibungen veröffentlicht

Frauen, die in Hawai'i einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen wollen, haben jetzt Zugang zu einem erstmals erstellten Leitfaden für Abtreibungsbehandlungen, der vom *Hawai'i Abortion Collective* (HAC) zusammengestellt wurde. Anfang September gaben die Mitglieder dieser neu gegründeten Koalition, zu der auch die *Hawai'i State Commission on the Status of Women*, *Planned Parenthood* und die *Healthy Mothers - Healthy Babies Coalition of Hawai'i* gehören, die Erstellung des Leitfadens auf einer Pressekonferenz im Hawai'i State Capitol bekannt.

Als der Oberste Gerichtshof der USA im Juni 2022 ein Gerichtsurteil zum Thema Abtreibungen (Fall Roe versus Wade) aufhob und damit die Abtreibungspolitik den einzelnen amerikanischen Bundesstaaten überließ, blieb die Abtreibung in Hawai'i gemäß der Verfassung des Bundesstaates und den von der Legislative Hawai'is verabschiedeten Gesetzen legal. Das Urteil stiftete jedoch Verwirrung in der Bevölkerung und machte einen allgemeinen Leitfaden für schwangere Frauen nötig. Abtreibungen sind nämlich bisher auf Hawai'i nicht für alle zugänglich, etwa nicht für diejenigen Frauen, die unter- oder nicht krankenversichert sind oder auf Inseln leben, auf denen es nur wenige oder gar keine Abtreibungsanbieter gibt.

Der neue Abtreibungsleitfaden enthält Informationen über die Legalität des Schwangerschaftsabbruchs in Hawai'i, über den Zugang zu Abtreibungsbehandlungen unabhängig vom Versicherungsstatus sowie über rechtliche Ressourcen, Abtreibungs-Doulas, Wellness-Dienste, kommunale Gesundheitszentren und Unterstützungsangebote für Opfer von sexuellen Übergriffen und häuslicher Gewalt. Der Leitfaden beschreibt verschiedene Abtreibungsmethoden und gibt Hinweise darauf, wie und ob die Kosten für einen Schwangerschaftsabbruch je nach Zahlungsfähigkeit der Versicherten übernommen werden.

Abtreibungsbefürworter\*innen loben zwar den neuen Ratgeber, fordern aber noch mehr staatliche Unterstützung für betroffene Frauen.

Die Abgeordnete Linda Ichiyama (Moanalua Valley), die auf der HAC-Pressekonferenz bei der Vorstellung des Ratgebers sprach, will sich in der nächsten Legislaturperiode für die stetige Verbesserung der Abtreibungsversorgung einsetzen. Letztes Jahr verabschiedete die Legislative einen Gesetzentwurf, der es Krankenschwestern und -pflegern mit langjähriger Pflegeerfahrung erlaubt, Abtreibungen vorzunehmen. Ichiyama will sich zukünftig dafür einsetzen, dass Frauen auch auf entlegenen Inseln sicher abtreiben können. (*Hawai'i State Reform* 07.09.22)

### Schließung des letzten Kohlekraftwerks

Am 1. September hat Hawai'i sein letztes Kohlekraftwerk geschlossen, um bis zum Jahr 2045 auf 100 Prozent erneuerbare Energien umsteigen zu können.

Das Kraftwerk *AES Hawaii Power Plant* auf der Insel Oahu lieferte 2021 etwa 11 Prozent des Stroms des Bundesstaates. Dabei stieß es nach Angaben von Gouverneur David Ige jährlich 1,5 Millionen Tonnen klimaschädlicher Treibhausgase aus.

Die Schließung des Kraftwerkes erfolgte, nachdem der Bundesstaat im Jahr 2020 ein Gesetz verabschiedet hat, das die Stromerzeugung aus Kohle bis Anfang 2023 verbietet. Das Ende der Kohlekraftwerke in Hawai'i bedeutet jedoch nicht, dass der Staat sofort auf erneuerbare Energien umsteigen wird - zunächst wird Öl einen Teil des Energiebedarfs decken, der durch die Schließung dieses Kohlekraftwerks entsteht, so Shannon Tangonan, Sprecherin von *Hawaiian Electric*, dem wichtigsten staatlichen Stromversorger des Staates.

„Es ist wirklich bedauerlich, dass wir für eine kurze Zeit auf Öl angewiesen sind, um von der Kohle zu den Solar- und Batterieprojekten überzugehen“, beklagte Scott Glenn, Hawai'is oberster Energiebeauftragter.

Vor der Schließung des AES-Kraftwerks war der Strompreis auf Hawai'i bereits dreimal so hoch wie der US-Durchschnitt. Jetzt wird „Otto Normalverbraucher“ in Oahu im Oktober eine Erhöhung von vier Prozent - etwa 9 Dollar - auf seiner Rechnung sehen, so eine Erklärung von *Hawaiian Electric*. Ursprünglich war das Unternehmen von einem Anstieg um sieben Prozent ausgegangen, revidierte seine Zahlen jedoch aufgrund der sinkenden Brennstoffpreise in den USA.

AES befürwortete die Schließung seines Kohlekraftwerks. Der Betreiber arbeitet an sechs verschiedenen Projekten für erneuerbare Energien in dem Bundesstaat, so Sandra Larsen, Leiterin des Marktgeschäfts des Unternehmens.

*Info:* Hawai'i ist der erste US-amerikanische Bundesstaat, der ein komplettes Kohleverbote verhängt hat.

(<https://www.smithsonianmag.com/smart-news/hawaii-closes-its-last-coal-fired-power-plant-180980707/> 06.09.22)

## AOTEAROA (NEUSEELAND)

### Maori fordern offizielle Umbenennung

In den 1600er Jahren benannten die Niederländer das heute als Neuseeland bekannte Land nach Zeeland, einer westlichen Provinz der Niederlande. Der Name war als Pendant zu „Hollandia Nova“ oder „Neuholland“ gedacht, wie Australien damals genannt wurde.

Fast vier Jahrhunderte später wird in einer Petition an das Parlament gefordert, das Land „Aotearoa“ zu nennen, was in der Maori-Sprache „Land der langen weißen Wolke“ bedeutet. Die Maori verwenden für ihre Heimat den Begriff Aotearoa seit Jahrzehnten, wenn nicht gar seit Jahrhunderten. Es wird allgemein angenommen, dass dieser Name von Kupe, einem polynesischen Seefahrer, vergeben wurde.

Derzeit scheint eine umfassende Namensänderung eher unwahrscheinlich. Bisher haben nur 70.000 Menschen die Petition unterzeichnet. Umfragen zufolge bevorzugen die Wähler\*innen „Neuseeland“ oder den Doppelnamen „Aotearoa New Zealand“.

Premierministerin Jacinda Ardern hatte zur Namensfrage erklärt, dass sie beide Begriffe synonym verwendet und hofft, dass das Land ihrem Beispiel folgen werde. Sie hatte sich aber nicht zu einer offiziellen Namensänderung verpflichtet.

Die neuseeländische Parlamentsabgeordnete Debbie Ngarewa-Packer, Ko-Vorsitzende der *Maori Party*, erklärte, welche Konsequenzen die Namensänderung für die Indigenen hätte: „Es wird einen massiven positiven Einfluss auf unsere Fähigkeit haben, nicht nur unsere Sprache zurückzuerobern, sondern auch das Trauma der Kolonisierung zu überwinden und das Unwohlsein zu überwinden, das mit dem Verlust der eigenen Kultur und der eigenen Identität einhergeht. Es geht also nicht nur um die Erhaltung unserer Kultur, sondern auch um unser Wohlergehen.“

Die öffentliche Debatte um die Namensänderung ist Ausdruck eines sich verändernden Klimas: Inmitten der Debatten um den Kulturkampf gewinnen die ursprünglichen Namen der Maori an Bedeutung. Im Jahr 2009 stimmten die neuseeländischen Politiker\*innen gegen die Einführung eines Feiertags für Matariki, das Neujahrsfest der Maori. Im Juni 2022 wurde es dann zum ersten Mal landesweit begangen, nachdem sich Premierministerin Ardern persönlich für diesen Feiertag eingesetzt hatte. (*New York Times* 23.08.22, *The Guardian* 10.08.22, <https://www.npr.org/2022/08/05/1115627020/new-zealand-maori-aotearoa-colonization-name-change-petition>)

### Residenzprogramm für Flüchtende

Die neuseeländische Regierung hat ein neues Residenzprogramm für Arbeitskräfte und Flüchtlinge angekündigt.

Laut Einwanderungsminister Michael Wood sollen in den nächsten drei Jahren jährlich 1.500 Flüchtende aus Afghanistan, Syrien, dem Libanon, Jordanien und dem Irak aufgenommen werden.

Wood erklärte, dass qualifizierte Migrant\*innen mit einem Job oder einem Jobangebot in bestimmten Funktionen auf dem so genannten *"Straight to Residence-Pfad"* ab dem 1. September sowohl vom Inland als auch vom Ausland aus einen Antrag auf eine Aufenthaltserlaubnis stellen können.

*„Der "Straight to Residence"-Pfad bietet einen Anreiz für Migrant\*innen, die über Fähigkeiten in schwer zu besetzenden, national bedeutsamen Positionen verfügen, die Neuseeland braucht, um das Wirtschaftswachstum zu beschleunigen“*, sagte Wood.

*„Dieser neue Weg bietet potenziellen Migranten wie Ärzten, Ingenieuren, Bau- und Infrastrukturarbeitern und IT-Fachleuten mehr Sicherheit“*, meinte er und fügte hinzu, dass dieser Weg den Arbeitgeber\*innen helfen werde, neue Mitarbeitende einzustellen und den neuseelandweiten Mangel an Fachkräften zu beheben.

Wood erklärte weiter, wo die Flüchtlinge angesiedelt werden sollen: *„In diesem Jahr ändert sich der Anteil der Plätze, die drei der vier Regionen zugewiesen werden, um sicherzustellen, dass wir dem Neuansiedlungsbedarf der einzelnen Regionen bestmöglich gerecht werden. So haben wir beispielsweise den Anteil der Plätze für Flüchtlinge im Nahen Osten und in Afrika von 15 % auf 20 % erhöht“*, so Wood. (<https://www.aa.com.tr/en/asia-pacific/new-zealand-opens-residency-program-for-workforce-refugees/2676887>)

### Keine Maori-Tattoos auf Snapchat

Die social-media-Plattform *Snapchat* hat eine Funktion entfernt, die es Nutzer\*innen ermöglichte, traditionelle Maori-Tätowierungen auf ihr Gesicht aufzubringen.

Snapchat-Filter - die das Unternehmen als *Lenses* bezeichnet - verwenden die Snap-eigene Software *Looksery*, die es den Nutzer\*innen ermöglicht, ihre Funktionen in Echtzeit zu ändern. *Lenses* werden von den Nutzer\*innen erstellt und können frei geteilt und von anderen auf der Plattform verwendet werden.

*Radio New Zealand* hatte Bilder von Nutzer\*innen gezeigt, die auf der beliebten Plattform Snapchat sowie auch auf Instagram Filter mit Namen wie „Maori Face Tattoo“ und „Maori“ benutzten. Dies hatte zu einem kollektiven Aufschrei in der Maori-Community geführt. Für sie ist die Tätowierungskunst heilig und gilt als wichtiger Hinweis auf die Identität des Trägers.

Gesichts-Tattoos (*Moko*) sind seit Jahrhunderten Teil der Maori-Kultur. Sie werden in einem wichtigen Ritual mit Meißeln in die Haut geritzt und dienen dazu, die einzigartige Genealogie und das Erbe des Trägers/der Trägerin zu kennzeichnen. Infolgedessen sind keine zwei Tattoos identisch und die massenhafte Anwendung desselben Filters auf den Gesichtern vieler verschiedener social-media-Nutzer\*innen trug zu der Kritik an *Snapchat* bei.

Die Gesichtsmuster sind geschlechtsspezifisch, wobei die Tätowierungen der Männer von der Stirn bis zum Hals reichen, während die Tätowierungen der Frauen in der Regel von den Lippen bis zum Kinn reichen.

Der Eigentümer der Plattform, die US-amerikanische Firma *Snap*, gab bekannt, sie habe nach den großen Protesten die entsprechenden Filter aus ihrer Software gelöscht. (*The Guardian* 07.09.22, *BBC News* 08.09.22)

## Neue Raumfahrtspolitik

Die neuseeländische Regierung erklärte Anfang September, sie werde die Raumfahrtspolitik des Landes überprüfen und eine neue Strategie für die Luft- und Raumfahrt entwickeln.

Neuseeland hat eine kleine, aber wachsende Raumfahrtindustrie, die laut einem von der Regierung in Auftrag gegebenen Bericht aus dem Jahr 2019 geschätzte Einnahmen in Höhe von 1,75 Mrd. NZ-Dollar im Finanzjahr 2018/19 erzielte.

Das bekannteste Raumfahrt-Unternehmen ist die Firma *Rocket Lab USA Inc* (RKLBO), die von einer kleinen Stadt im Wairoa District an der Ostküste des Landes aus Raketen startet.

Der klare Himmel und die geografische Vielfalt des Landes machten Neuseeland zu einem idealen Standort für die Luft- und Raumfahrt, so der stellvertretende Verkehrsminister Kieran McNulty in einer Presseerklärung.

„Die neue Luft- und Raumfahrtstrategie der Regierung soll fortschrittliche Luftverkehrstechnologien in die Verkehrsnetze integrieren, ohne diejenigen zu benachteiligen, die den Luftraum nutzen“, erklärte der Verkehrsminister.

Die Regierung will der Zivilluftfahrtbehörde 3,7 Mio. NZ-\$ zur Verfügung stellen, um die Raum- und Luftfahrtindustrie weiter auszubauen.

(<https://www.mbie.govt.nz/science-and-technology/space/>, *Reuters.com* 05.09.22)

## Schnee nach warmem Winter

In Neuseeland hat es pünktlich zum Frühlingsanfang bis auf Meereshöhe hinab geschneit. In Christchurch, Dunedin und sogar in der Hauptstadt Wellington fiel Schnee.

Der überraschende Schneefall folgte auf den wärmsten und feuchtesten Winter, den das Land je erlebt hat. Er führte dazu, dass kurzzeitig sowohl auf der Nord- als auch auf der Südsinsel Autobahnen gesperrt wurden. Auf vereisten Bundesstraßen kam es zu zahlreichen Auffahrunfällen.

„Der September ist in Neuseeland immer noch ein kalter Monat“, sagte der Chef-Meteorologe des neuseeländischen Wetterdienstes, Dan Corrigan. „Es handelt sich um Luft antarktischen Ursprungs, die eine schauerartige, winterliche Luftmasse heraufbringt, die auch in tiefen Lagen Schnee bringt“, erklärte er das Phänomen von Schnee im Tiefland der beiden Inseln.

Die neuseeländische Klimawissenschaftsagentur *Niwa* bestätigte Anfang September ein rekordverdächtiges Jahr, d.h. die drei wärmsten und feuchtesten Winter in Neuseeland fanden in den letzten drei Jahren statt. Die landesweite Durchschnittstemperatur lag zwischen Juni und August 2021 bei 9,8 °C und damit 1,4 °C über dem Durchschnitt von 1981 bis 2010.

Auch die neuseeländischen Meere leiden unter dem Anstieg der Meerwassertemperatur in Küstennähe. (<https://www.snow.nz/>, *The Guardian* 06.09.22)

## INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

### Papuanischer Journalist ausgezeichnet

**Indonesien:** Victor Mambor, der Mitbegründer der indonesischen Zeitung *Jubi*, wurde am 7. August 2022 anlässlich des 28. Jahrestages der Gründung der *Alliance of Independent Journalists* (AJI) mit dem „*Udin Award*“ ausgezeichnet.

Seit Mitte der 1990er Jahre hat Victor Mambor auf Menschenrechtsverletzungen in Papua hingewiesen. Aufgrund seiner mutigen Berichterstattung wurde er in der Vergangenheit immer wieder digital angegriffen. Erst im letzten Jahr wurde auch sein Auto beschädigt. Dennoch haben Victor und *Jubi* in ihren Berichten die Grundlagen und Prinzipien des Journalismus verankert. Dies seien einige der Gründe, warum die Jury Victor für den *Udin Award 2022* ausgewählt hat, hieß es.

„Mit *Jubi* bringt Victor mehr Stimmen aus Papua ein, inmitten der Dominanz von Informationen, die voreingenommen, einseitig und diskriminierend gegenüber Papua sind“, sagte ein Sprecher der AJI.

Bambang Muryanto, einer der Juroren des Preises, erklärte, dass es für einen Journalisten wie Mambor nicht einfach sei, seine Professionalität und Unabhängigkeit im konfliktreichen Papua zu bewahren. „Seine eigene Sicherheit und die seiner Familie stehen auf dem Spiel. Auch die Abgeschiedenheit seines Standorts stellt eine Reihe von Herausforderungen dar, um ein umfassendes Bild zu vermitteln“, sagte er.

Der UN-Menschenrechtsrat bezeichnete Victor Mambor im September 2021 als einen Menschenrechtsaktivisten, der häufig Gewalt und Einschüchterung ausgesetzt ist.

In seinem Beitrag in den sozialen Medien drückte Victor seine Dankbarkeit für diese Auszeichnung

aus. *„Dieser Preis erinnert uns daran, dass die Kriminalisierung sowie physische, verbale und digitale Gewalt gegen Journalisten in Papua immer noch vorkommt“*, sagte er. *„Wenn wir glauben, dass die Presse die vierte Säule der Demokratie ist, dann sollten wir eine bessere Pressefreiheit in Papua fördern, damit auch die Demokratie besser funktioniert“*, forderte Mambor, der schon mehrfach an Veranstaltungen des Westpapua-Netzwerkes und des Pazifik-Netzwerkes in Deutschland teilgenommen hat.

*Info:* Der Udin-Preis ist die jährliche Auszeichnung der AJI zur Förderung der Presse- und Meinungsfreiheit in Indonesien. Damit will die AJI Journalist\*innen (Einzelpersonen und Gruppen) auszeichnen, die sich im Bereich des Journalismus engagieren und aufgrund ihrer journalistischen Tätigkeit Opfer physischer oder psychischer Gewalt werden. Der Preis ist nach dem Pseudonym von Fuad Muhammad Syafruddin benannt, einem Journalisten der in Yogyakarta ansässigen Tageszeitung *Bernas Daily*, der am 16. August 1996 von zwei Unbekannten angegriffen wurde und ums Leben kam. (Pressemitteilung Westpapua-Netzwerk 11.08.22, <https://goodmorningpapua.com/a-papuan-journalist-victor-mambor-wins-udin-award-2022-at-ajis-28th-anniversary/>)

### **Verfassungsgericht weist Klage der papuanischen Volksräte gegen OTSUS II als unbegründet ab**

**Indonesien:** Nachdem im Sommer 2021 das Sonderautonomiegesetz von 2001 überarbeitet wurde (auch als OTSUS II bezeichnet), reichten die Volksräte der Provinz Papua (MRP) und der Provinz Papua Barat (MRPB) Klage beim Verfassungsgericht ein. Die Volksräte forderten zur Überprüfung mehrerer Artikel durch das indonesische Verfassungsgericht mit der Begründung auf, diese würden die Rechte und Freiheiten der indigenen Papuas, wie sie in der indonesischen Verfassung garantiert sind, unterdrücken.

Im Fokus stand hier besonders der Artikel 76 II des überarbeiteten Sonderautonomiegesetzes, der für die Bildung neuer Provinzen und damit für die weitere Aufteilung Westpapas nicht mehr das vorherige Einverständnis der Volksräte erforderlich macht.

Eine solche politische Entscheidung fand im Frühjahr und Sommer dieses Jahres auch tatsächlich statt. Nachdem am 6. April drei Gesetzesentwürfe zur Schaffung drei neuer Provinzen in Papua im Gesetzgebungsausschuss des indonesischen Parlaments in Jakarta angenommen wurden, wurden diese in einer Plenarsitzung am 30. Juni 2022 ratifiziert – ohne vorherige Konsultation der Volksräte der Provinz Papua.

In den Monaten zwischen April und Ende Juni haben unterschiedliche Vertreter\*innen der Papuas sich wiederholt gegen diese Pläne ausgesprochen und selbst Präsident Jokowi versprach bei einem Treffen mit Vertretern der papuanischen Volksräte in Jakarta im April, die Entscheidung des Verfassungsgerichts zur Rechtmäßigkeit von OTSUS II abwarten zu wollen. Dies geschah jedoch nicht und die Gesetze über die neuen Provinzen wurden bereits Ende Juni ratifiziert – zwei Monate vor der Entscheidung des Verfassungsgerichts.

Hoffnungen, dass dennoch eine Widerrechtlichkeit dieses Vorhabens bestätigt wird, wurden Ende August nun jedoch enttäuscht. Das Verfassungsgericht erklärte die Klage der papuanischen Volksräte gegen OTSUS II für unbegründet und wies die Klage ab. Der Verfassungsgerichtshof ist in seiner Entscheidung der Auffassung, dass die beanstandeten Artikel des überarbeiteten Sonderautonomiegesetzes keine Ungerechtigkeit, Rechtsunsicherheit und Diskriminierung gegen indigene Papuas aufweisen. Somit werden in der Klage genannten Artikel für nicht im Widerspruch zur Verfassung von 1945 erklärt. Das Verfassungsgericht stellte zudem fest, dass die MRPs keine Rechtsbefugnis haben, eine rechtliche Überprüfung der Artikel 38 Absatz (2), Artikel 59 Absatz (3) und Artikel 76 Absätze (1, 2 und 3) und Ar-

tikel 77 des überarbeiteten Sonderautonomiegesetzes von 2021 zu beantragen. (*Westpapua-Netzwerk online 05.09.22*)

### **PIF-Abschlusserklärung geht nicht auf Westpapua ein**

**Westpapua:** Entgegen vieler Erwartungen enthält der Abschlussbericht („Communiqué“) des 51. Treffens der Staats- und Regierungschefs des *Pacific Islands Forum* (PIF) keinen Abschnitt zu Westpapua. Das Treffen des PIF fand vom 11. bis 14. Juli 2022 in Fidschi statt.

In dem Communiqué der 50. Sitzung von August 2019 wurde die Menschenrechtssituation in Westpapua noch in mehreren Punkten thematisiert und auch ein Besuch des OHCHR (Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte) in Westpapua gefordert.

Der Generalsekretär der *Pacific Conference of Churches*, Rev. James Bhagwan, hatte noch die Hoffnung geäußert, dass die Staats- und Regierungschefs des PIF in der Westpapua-Frage mit einer Stimme sprechen und hatte dabei besonders auf die Rolle Australiens gesetzt.

Die Koordinatorin des *Fiji Women's Crisis Centre* (FWCC), Shamima Ali, kritisierte die schweigende Haltung Fidschis zu der Papua-Frage. *„Westpapua ist ein sehr wichtiges Thema, das auf der Tagesordnung aller führenden Politiker im Pazifikraum stehen sollte.“*

Joe Collins von der australischen *Westpapua Association* bedauerte: *„Es ist verständlich, dass das PIF große Herausforderungen in der Region und insbesondere den Klimawandel zu bewältigen hat. Doch trotz des ganzen Geredes über Beteiligung scheint Westpapua für das Forum kein wichtiges Anliegen zu sein. Das PIF hätte seine Solidarität mit dem Volk von Papua durch eine einfache Erklärung der Besorgnis über die Menschenrechtssituation in Westpapua zeigen können (vor allem, da sich die Situation weiter verschlechtert) und Jakarta weiterhin dazu auffordern*



können, eine Untersuchungsmission zuzulassen. Die Staats- und Regierungschefs hätten dabei die Unterstützung der Menschen in der Region gehabt.“ (Westpapua-Netzwerk online 18.07.22)

## Neue Homepage zu Waffenexporten nach Indonesien

**Westpapua:** Seit Anfang Juli ist die Seite „War on West Papua“ online. Sie liefert Informationen über die Geschichte und Hintergründe des Konflikts in Westpapua, stellt die Rolle des Widerstands vor und fragt ganz zentral nach Verantwortung.

Besonders Staaten, die Waffen nach Indonesien exportieren oder das indonesische Militär in der Ausbildung unterstützen, müssen sich demnach ihrer eigenen Rolle im Westpapua-Konflikt bewusstwerden.

Die Homepage listet eine Reihe von Staaten auf, die Waffen nach Indonesien geliefert haben und/oder das Militär in Ausbildung und Training unterstützen. Auch Deutschland zählt zu diesen Lieferanten.

Hier geht es zur neuen Homepage:  
<https://www.waronwestpapua.org/>

## AUSTRALIEN

### Neuer Betreiber des Gefängnisses auf Nauru

Die Vereinbarung zwischen der mikronesischen Insel Nauru und der australischen Regierung über den Betrieb des Offshore-Gefängnisses für Asylbewerber\*innen und Flüchtlinge hat eine umstrittene Änderung erfahren. Die australische Regierung hat im August bestätigt, dass sie den langjährigen australischen Betreiber „Canstruct“ zum 30. September 2022 durch einen der größten privaten Gefängnisbetreiber der USA ersetzen wird. Die „Management & Training Corporation“ (MTC) ist bereits mehrfach wegen Misshand-

lung von Gefangenen, Nichtzahlung von Löhnen, unrechtmäßiger Leibesvisitationen, sexueller Übergriffe und anderer Menschenrechtsverletzungen verklagt worden. Im Jahr 2016 wurde in den USA eine Bundesklage gegen das Unternehmen wegen „abgrundtiefer Misswirtschaft“ und „schrecklicher Zustände“ in einigen seiner Einrichtungen eingereicht.

Das australische Innenministerium erklärte, dass der Betrieb des Offshore-Lagers auf Nauru regulär ausgeschrieben worden sei und dass „ein bevorzugter Bieter für die Erbringung von Dienstleistungen auf Nauru ausgewählt wurde“.

Ein Sprecher des Ministeriums zeigte sich unbesorgt über den schlechten Ruf von MTC und erklärte, dass es „keine Verschlechterung der Dienstleistungen für Transitpersonen in Nauru während des Vertragsübergangs“ geben werde.

Die Ernennung von MTC als neuem Betreiber hat vor allem bei australischen Flüchtlingshilfsorganisationen für Entsetzen gesorgt. Die bisherige Firma Canstruct, die das Lager ursprünglich auf Nauru gebaut hatte, betreibt es seit mehreren Jahren ohne größere Zwischenfälle und genießt sowohl bei der nauruischen als auch bei der australischen Regierung einen sehr guten Ruf.

Der Verzicht auf das lokale australische Unternehmen Canstruct zugunsten des umstrittenen US-amerikanischen Gefängnisbetreibers deutet eher auf eine politische Entscheidung der neuen australischen Labor-Regierung hin, als auf einen operativen Schritt, wie Polit-Journalisten aus Australien meinen.

Auf der Website der im US-Bundesstaat Utah ansässigen Firma MTC heißt es, sie betreibe 23 Job-Corps-Zentren, 21 Justizvollzugsanstalten, 11 medizinische Abteilungen in Gefängnissen und Haftanstalten sowie fünf Haftanstalten in der ganzen Welt, darunter das Parklea Correctional Centre in Sydney.

**Hintergrund:** Seit 2014 sind keine neuen Asylbewerber\*innen mehr auf Nauru angekommen, aber die Kosten für den Betrieb des Offshore-Flüchtlingslagers liegen weiterhin zwischen 35 und 40 Mio. US-Dollar pro Monat. Die Zahl der auf Nauru untergebrachten Asylbewerber\*innen und Flüchtlinge ist von mehr als 1.000 auf etwa 100 gesunken.

Nach offiziellen Angaben der australischen Regierung beliefen sich die Kosten für die Unterbringung eines einzigen Flüchtlings auf Nauru im Jahr 2021 auf mehr als 4,3 Millionen Dollar pro Jahr.

Der ursprüngliche Vertrag von Canstruct aus dem Jahr 2017 im Wert von 385 Mio. USD wurde achtmal ohne Ausschreibung verlängert und belief sich schließlich auf 1,82 Mrd. USD. (Pacific Advocate 16.08.22, The Guardian 16.08.22)

### Gelder für Pazifikspiele

Australien wird die Salomonen mit rund 17 Millionen Dollar bei der Ausrichtung der Pazifikspiele 2023 unterstützen, um dem wachsenden Einfluss Pekings in der Region entgegenzuwirken.

Sowohl Australien als auch die USA haben ihre Bemühungen um das Land und die gesamte Pazifikregion intensiviert, nachdem China Anfang des Jahres einen Sicherheitspakt mit den Salomonen unterzeichnet hatte. Diese standen Anfang August im Mittelpunkt der diplomatischen Bemühungen Australiens und der Vereinigten Staaten von Amerika, als Pazifikminister Pat Conroy, die stellvertretende US-Außenministerin Wendy Sherman und die US-Botschafterin in Australien, Caroline Kennedy, in Honiara (Salomonen) an den Feierlichkeiten zum 80. Jahrestag der Schlacht von Guadalcanal teilnahmen.

Die Reise umfasste auch ein bilaterales Treffen mit dem salomonischen Premierminister Manasseh Sogavare, der erneut versicherte, dass es keine chinesische Militärbasis auf den Inseln geben werde. Zum Erstaunen vieler hatte Premi-

er Sogavare zuvor nicht an den Feiern zum Jahrestag der Schlacht teilgenommen.

Pat Conroy, der australische Minister für internationale Entwicklung und den pazifischen Raum, kündigte nach dem dreitägigen Besuch auf den Salomonen an, dass Australien 100 Millionen Dollar (etwa 17,3 Millionen Euro) für die Ausrichtung der Pazifikspiele im kommenden Jahr bereitstellen werde. „*Australien ist der größte Entwicklungspartner der Salomonen und wir arbeiten an vielen gemeinsamen Projekten, um unsere gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen voranzubringen, wie zum Beispiel die Pazifikspiele*“, erklärte Conroy.

*Info:* Die Pazifischen Spiele finden alle vier Jahre statt und Australien gehört zu den Nationen in Ozeanien, die Mannschaften zu den Wettkämpfen schicken. Der Beitrag zu den Spielen in Höhe von 17,3 Millionen Dollar ist Teil der insgesamt 161 Millionen Dollar, die Australien in diesem Haushaltsjahr für die Salomon-Inseln aus gibt.

Sogavare begrüßte die australische Finanzierung als den zweitgrößten Beitrag nach China, das sich bereit erklärt hat, den Bau eines 74 Millionen Dollar teuren Stadions für die Sportveranstaltung zu finanzieren. (*Sydney Morning Herald 09.08.22*)

### Geplante Frieda-Mine auf dem Prüfstand

Eine australische Regierungsbehörde hat eine Menschenrechtsbeschwerde gegen die geplante Frieda-Mine zur Untersuchung angenommen. Das Frieda-River-Projekt ist eine geplante Kupfer- und Goldmine am Fluss Frieda in der Provinz Sandaun an der Grenze zur Provinz East Sepik (Papua-Neuguinea).

Die beiden Nichtregierungsorganisationen *Jubilee Australia* und *Project Save the Sepik* hatten ihre Beschwerde im Dezember letzten Jahres im Namen von mehr als 2.600 Menschen eingereicht. Die

se hatten ihre Zustimmung für die geplante Kupfer- und Goldmine verweigert, da die Mine flussaufwärts von ihren Häusern entlang des Sepik River geplant ist und sie Umweltschäden im Wasser und an Land befürchten.

Mit der Annahme dieser Beschwerde hat die nationale Kontaktstelle der australischen Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AusNCP) im Finanzministerium anerkannt, dass die in der Beschwerde aufgeworfenen Menschenrechts- und Umweltfragen näher untersucht werden müssen.

Die unabhängige Untersuchung ist ein wichtiger Schritt, um sicherzustellen, dass das Recht der Sepik-Gemeinden, ihre freie, vorherige und informierte Zustimmung (*Free, Prior and Informed Consent*) zu der Mine zu geben oder zu verweigern, gewahrt wird. Bislang wurde den Anwohner\*innen dieses internationale Menschenrecht verweigert.

Der für die Mine vorgesehene Abraumdammbaus müsste die Abfälle der Mine für immer sicher aufnehmen, so lautet eine der Forderungen der betroffenen Flussanrainer. Das Bergwerk soll nach Angaben der australischen Bergbaugesellschaft PanAust an einem der seismologisch aktivsten Orte der Welt gebaut werden. Sollte der Damm brechen, könnte dies katastrophale Folgen für den Sepik River, seine Umgebung und den Lebensunterhalt von rund 430.000 Menschen haben, die von diesem Ökosystem abhängig sind.

Unabhängige Bewertungen der Umweltverträglichkeitserklärung (UVE) des Projekts haben ergeben, dass:

- die UVE die außergewöhnlichen Risiken eines Dammbuchs herunterspielt und
- die Notwendigkeit eines Plans zur dauerhaften Erhaltung des Damms nicht erwähnt wurde. (*Save the Sepik 02.08.22, Wikipedia*)

## SPORT

### Top Ten-Platzierung im Netball

**Tonga:** Die tongaische Frauen-Netballnationalmannschaft „Tala“ ist in der jüngsten Netball-Weltrangliste in die Top Ten aufgestiegen.

Die Damenmannschaft liegt nun auf Platz neun, höher als jedes andere Team der Pazifik-Inseln, nachdem die Mannschaft während der Qualifikationsturniere für die Netball-Weltmeisterschaft 2022 in Ozeanien ungeschlagen blieb und sich damit in der Rangliste nach oben katapultierte.

Trotz der Kritik, dass die Mannschaft überwiegend aus Spielerinnen aus Übersee bestehe, erklärte der tongaische Netball-Verband, dass alle Spielerinnen für die tongaische Nationalmannschaft spielberechtigt seien.

Der Internationale Netballverband bestätigte, dass es das erste Mal ist, dass ein tongaisches Team in den Top Ten platziert ist. Die bisherige Höchstplatzierung war im Jahr 2019 Rang 19 der Weltrangliste.

Die Weltrangliste wird derzeit (Stand: 01.09.22) von Australien und Neuseeland auf dem zweiten Platz angeführt. Fidschi steht auf Platz 15, die Cook-Inseln auf 16, Samoa auf 18 und Papua-Neuguinea auf Rang 36. (*The Pacific Advocate 19.08.22*)

### Australische Surf-Ikone in Hall of Fame aufgenommen

**Kalifornien (USA):** Im August wurde Martin Daly in die „Surfers' Hall of Fame“ im kalifornischen Huntington Beach aufgenommen.

Martin Daly (Jahrgang 1957) ist ein australischer Kapitän und Surfer, der für seine Surf-Entdeckungen an Bord der *M.V. Indies Trader* bekannt ist und in der Surf-Szene als „*Surfing's most iconic boat captain*“ bezeichnet wird.

Der gebürtige Australier war mit 16

Jahren nach Neuseeland gezogen, weil dort bessere Surf-Bedingungen herrschten. Ab 1981 verdingte er sich in verschiedenen südostasiatischen Ländern als Taucher und Bootskapitän. Auf mehreren Surf-Expeditionen entdeckte Daly die bis heute legendären Surf-Plätze mit idealen Wellen- und Windbedingungen, u.a. den *One Palm Point* in Sunda (Indonesien) und weitere Spots auf den Mentawai-Inseln (Indonesien).

Von 1999 bis 2015 organisierte der Sportartikel- und Surfbekleidungs-ausstatter *Quicksilver* mit Unterstützung der Vereinten Nationen eine siebenjährige Weltreise, auf der Daly und sein Team neue Surfspots entdeckten und den Zustand der Korallen rund um den Globus untersuchten. Die Überquerung aller Ozeane und Meere wurde als einer der bahnbrechendsten Momente in der Geschichte des Surfens bezeichnet. Die Reise führte das Team in 56 Länder, 26 Staaten und vier Territorien, sie entdeckten mehr als 115 neue Surfbreaks und legten über 160.000 Seemeilen zurück, was einer achtmaligen Weltumrundung entspricht.

*Info:* Die *Surfers' Hall of Fame* ist eine Ehrengalerie für Surfer\*innen am Pacific Coast Highway in Huntington Beach, Kalifornien (USA). Seit dem Jahr 2002 werden hier jährlich Persönlichkeiten des Surfsports durch die Aufnahme in die *Hall of Fame* für ihre überragenden Leistungen in diesem Wassersport ausgezeichnet.

(<https://eos.surf/entries/daly-martin>, Wikipedia)

## Golfer sammeln Spenden für Krebsvorsorge

**Papua-Neuguinea:** Bei der diesjährigen „*Santos 2022 Daffodil Corporate Golf Challenge*“ wurden 160.000 Kina Spenden für die *Papua New Guinea Cancer Foundation* (PNGCF) gesammelt. Vierzig Golf-Teams hatten sich für die jährliche Wohltätigkeitsveranstaltung angemeldet, die am 02. September 2022 im *Royal Port Moresby Golf Club* stattfand. Gewonnen

hat das Team *Southern Cross Assurance Limited*.

Die *Santos 2022 Daffodil Corporate Golf Challenge* wurde im Gedenken an den verstorbenen Willie Kupo veranstaltet, der wesentlich zum Erfolg der Wohltätigkeitsveranstaltung beigetragen hatte. Der Vorsitzende des PNGCF, Gereia Aopi, legte vor dem offiziellen Abschluss eine Schweigeminute für den verstorbenen Kupo ein, ebenso wie für den verstorbenen Chief Jacob Luke, der sich stark für die Arbeit der *PNG Cancer Relief Society* eingesetzt hatte.

*Info:* Die von dem australischen Erdgaslieferanten *Santos* finanzierte Golfveranstaltung findet jährlich seit 2003 im Golfclub der Hauptstadt Port Moresby statt. Ziel ist es, auf die Daffodil-Kampagne zur Krebsvorsorge hinzuweisen und Spenden für die Gesundheitsvorsorge zu sammeln. (*Postcourier* 22.08.22, *PNG Business News* 06.09.22)

## FISU Oceania unterschreibt „Sports for Climate Framework“

Eines der großen Themen in der heutigen Zeit ist ohne Zweifel der Klimawandel und die Frage, was Menschen unternehmen können und müssen, um die Erde als Lebensraum gesund zu erhalten. Im Zusammenhang mit dem Pariser Klima-Abkommens haben die Vereinten Nationen (UN) deshalb im Frühjahr 2021 das „*Sports for Climate Action Framework*“ ins Leben gerufen. Dabei handelt es sich um einen Rahmenvertrag, der mehrere Prinzipien und Leitlinien in sich vereint, mit deren Hilfe Sportverbände, Vereine, Sportler\*innen und Athlet\*innen dazu angehalten werden sollen, im Sinne des Klimaschutzes zu agieren und ihre Reichweite dazu zu nutzen, ihre Fans auf die Folgen der Erderwärmung aufmerksam zu machen.

Wenn ein Verband den Vertrag unterzeichnet, verpflichtet er sich im Wesentlichen zu fünf Vereinbarungen. Dazu gehört, dass er Maßnahmen ergreift, die das Verantwortungsbewusstsein gegenüber

der Umwelt fördern und die Klimabelastung reduzieren. Außerdem soll die Aufklärung über diese Maßnahmen und auch über das Konsumverhalten, das im Zusammenhang mit dem Sport steht, mehr in den Vordergrund rücken und nicht zuletzt stimmt der Verband zu, auch in der Interaktion mit anderen Partnern und Vereinen für den Klimaschutz einzustehen. Mittlerweile sind schon einige größere Sportverbände Teil des Frameworks, unter anderem der Deutsche Fußballbund DFB und der „*All England Lawn Tennis Club*“, der in Wimbledon (England) jährlich als Veranstalter der berühmten Tennismeisterschaften auftritt.

Seit diesem Jahr ist nun auch die „*International University Sports Federation Oceania*“ (FISU) Vertragspartner. Die regionale *FISU Oceania* hat sich – angetrieben durch den großen Bruder FISU – zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 emissionsfrei zu werden und sich nun durch das Unterzeichnen des „*Sports for Climate Frameworks*“ dazu verpflichtet, bis zum Ende dieses Jahrs ihre Leitlinien zum Erreichen dieses Ziels zu beschließen.

Der pazifische FISU-Präsident David Schmude bekundete diese Entscheidung wie folgt: „*Unsere Region und unsere Mitgliedsländer sind täglich mit den Auswirkungen des Klimawandels konfrontiert. Vom Anstieg des Meeresspiegels bis hin zu extremen Wetterereignissen verändert sich das Klima. Wir wollen Teil der Lösung sein, um unsere Kohlenstoffemissionen und unseren CO<sub>2</sub>-Fußabdruck zu reduzieren. [...] Wir fühlen uns dieser Reise [deshalb] zutiefst verpflichtet und freuen uns auf die Zusammenarbeit nicht nur mit unserem Internationalen Verband FISU, sondern auch mit anderen Sportverbänden aus Ozeanien und der ganzen Welt, um den globalen Klimaschutz voranzutreiben.*“ (Artikel von Jakob Renner.

<https://www.insidethegames.biz/articles/1127496/fisu-oceania-climate>

<https://www.das-marburger.de/2021/03/was-ist-das-un-sports-for-climate-action-framework-und-welche-vereine-und-verbaende-sind-teil-des-rahmenwerks/> 11.09.22)

## „TOK BILONG PASIFIK“

### Video der Polizei geht viral

**Cook-Inseln:** Als Warnung vor Alkohol am Steuer hat die Tourismusbehörde der Cook-Inseln (*Cook Islands Tourism Corporation*) ein Video in Kooperation mit der neuseeländischen Polizei gedreht. Darin spricht ein neuseeländischer Polizeibeamter europäischer Abstammung in der Sprache der Cook-Inseln, *Te Maori*, während er den Bildschirm mit sich selbst als verkleidete Fee teilt. Das lustige Video ging inzwischen viral, hat aber einen ernsten Hintergrund.

Seit Juli sind die Grenzen Neuseelands und damit auch der mit Neuseeland assoziierten Cook-Inseln wieder für den internationalen Reiseverkehr geöffnet. Um sich auf den Cook-Inseln einen PKW oder einen Motorroller bei einer offiziellen Mietstation ausleihen zu können, benötigen Tourist\*innen einen Führerschein der Cook-Inseln. Der Führerschein des Heimatlandes oder auch ein internationaler Führerschein gelten nicht. Für den Erhalt des in-seleigenen Führerscheins müssen Reisende einen Antrag stellen und eine schriftliche Prüfung sowie eine praktische Fahrprüfung ablegen, die etwa eine Stunde dauert.

Die Polizei registriert vor allem auf der Hauptinsel Rarotonga, deren Ringstraße nur 32 Kilometer lang ist, vermehrt betrunkene Fahrer\*innen, die sich überschätzen und in angetrunkenem Zustand Tiere und schlimmstenfalls Menschen anfahren. Das Video soll nun auf die Gefahren durch Alkohol und Drogen am Steuer aufmerksam machen.

Das Video kann auf dem Youtube-Kanal des „Cook Islands Police Service“ angeschaut werden. (*Cook Islands News 11.08.22, Youtube*)

### Höchstes Hochhaus im Pazifik vor Fertigstellung

**Fidschi:** Nach pandemiebedingter Pause schreiten die Arbeiten am höchsten Hochhaus Ozeaniens in Fidschis Hauptstadt Suva weiter voran.

Die Arbeiten an dem *WG Friendship Plaza* begannen 2016 und sollten 2021 abgeschlossen werden, doch aufgrund der Pandemie gab es einen erheblichen Mangel an Materialien und Fachkräften, so dass die Bauarbeiten zum Stillstand gekommen waren. Die Bauherren rechnen nun mit einer Fertigstellung im Jahr 2023.

Das 28-stöckige Gebäude wird Wohnungen, Büroflächen und Geschäfte umfassen. Auf den Stockwerken 19 bis 27 entsteht ein Hotel der Luxusmarke *Wyndham*. Auf den beiden höchsten Stockwerken wird das Hotel Konferenzräume mit einem spektakulären Blick auf Suva City einrichten.

Das *Friendship Plaza* soll nach Angaben der Eigentümer *WG International Real Estate* nach Fertigstellung 200 Menschen einen Arbeitsplatz bieten. (*Fiji Sun 31.08.22, <https://www.skyscrapercenter.com/building/wg-friendship-plaza/30936>*)

### Instagram-Star sorgt für Aufsehen

**Fidschi:** Der 24-jährige indischstämmige Fidschianer Shaheel Sanil Prasad (alias Shaheel Shermont Flair) ist neuer Instagram-Star im Pazifik. Unter seinem Instagram-Account „shermont\_22“ parodiert er die u.a. die schnelle Welt der Mode und Models. So hat er kurzerhand einen Hinterhof in einem fidschianischen Slumviertel zur Bühne seiner Kurzvideos gemacht. Zu „typischer“ Modenschauen-Musik läuft er dabei mit ungewöhnlichen Gegenständen wie Rollstühlen, Schubkarren, Bessen oder Felgen auf einem imaginären Laufsteg. Dabei folgen ihm schon 23.700 Menschen.

Mit seinen schreiend komischen Videos thematisiert der rührige Fidschianer auch durchaus ernste

Themen. So macht er sich tanzend und singend über den Magerkeitswahn junger Mädchen lustig, versucht im improvisierten Schlafzimmer auf Suvas Hauptstraßenkreuzung Ruhe zu finden oder nimmt sich in fidschianischer Sprache ernster Themen wie Suizid oder arrangierter Ehen an. (*Instagram #shermont\_22, Pacific Advocate 11.07.22*)

### Samoanische TikTok-Stars

**Samoa:** Die samoanischen Cousinen Dynah Tuia'ana und Malosi Scanlan sind die neuen pazifischen TikTok-Stars mit über 1,3 Millionen Followern. Die Beiden verkleiden sich für ihre Tänze und Späße als die Disney-Figuren „Moana“ und „Maui“ aus dem Disney-Film „Moana“ (deutsch: Vaiana). Die Cousinen verstehen TikTok als weltweite Plattform, um ihr Talent, die einzigartige pazifische Kultur und ihre Geschichte zu präsentieren.

Unter dem Hashtag #maui und #moana lassen sich die Beiden auf TikTok finden.

*Info:* TikTok ist ein Videoportal für die Lippensynchronisation von Musikvideos und anderen kurzen Videoclips, das zusätzlich Funktionen eines sozialen Netzwerks anbietet und vom chinesischen Unternehmen *ByteDance* betrieben wird. Die Applikation wurde bereits von drei Milliarden Nutzer\*innen heruntergeladen und hat circa eine Milliarde aktive Nutzer\*innen. Damit ist sie die mitgliederstärkste Gemeinschaft im Bündel der sozialen Medien. Mit der TikTok-App können Benutzer\*innen Musikclips ansehen sowie kurze Clips aufnehmen und bearbeiten, unter anderem durch das Hinzufügen von Spezialeffekten und Filtern. (*Pacific Advocate 19.08.22, Wikipedia*)

### Abschluss im Rentenalter

**Marshall-Inseln:** Im Alter von 67 Jahren hat Urantha Jibas vom Kili-Atoll seinen Abschluss in der Abteilung „Adult Basic Education“ des *College of the Marshall Islands* bestanden. Jibas hatte die Kurse online über das *Distance Learning*

Center in Kili absolviert und trotz einer schweren Erkrankung während des Semesters alle Prüfungen bestanden.

Rigieta Lord, die Abteilungsleiterin für das Erwachsenen-Bildungsprogramm am College, lobte die Einsatzbereitschaft und den Erfolgswillen des Seniors.

Der mehrfache Familienvater Jibas arbeitet als geschäftsführender Stadtrat für die lokale Verwaltung der Atolle Kili, Bikini und Ejet. (*Mars-hall Islands Journal* 08.07.22)

## IM MEMORIAM

### † Anthropologin Dorothy Billings

Dorothy („Dotty“) K. Billings, emeritierte Professorin für Anthropologie an der *Wichita State University* (USA), starb am 12. August 2022 im Alter von 89 Jahren nach kurzer Krankheit. Sie wurde am 17. Juni 1933 in Milwaukee, Wisconsin (USA) geboren.

Billings studierte bei Margaret Mead an der *Columbia University* und promovierte in Anthropologie an der *University of Sydney* (Australien). Sie verbrachte viele Jahre mit Feldforschung auf den Inseln Neu-Hannover und Neu-Irland (Papua-Neuguinea), woraus ein Buch mit dem Titel *„Cargo Cult as Theater: Political Performance in the Pacific“* entstand. Sie verfasste über 30 Artikel und hielt Vorträge in 18 Ländern. Viele Vorträge hielt sie vor der *International Commission on Indigenous Knowledge and Sustainable Development* (deren Ko-Vorsitzende sie war) sowie vor der *International Union of Anthropological and Ethnological Sciences*.

Als Verfechterin der Bürgerrechte nahm sie an den US-amerikanischen Freedom Rides der 1960er Jahre teil. Sie unterstützte die LGBTQ-Rechte, die Arbeitnehmerrechte, die Gleichstellung von Frauen, den demokratischen Sozialismus, die Friedensbewegung und die Bewegung für die Rechte indigener Völker.

In der Demokratischen Partei war sie 34 Jahre lang als Bezirksausschussmitglied tätig. Rekordverdächtige 44 Jahre lehrte sie Anthropologie an der *Wichita State University*.

Billings hinterlässt ihren Ehemann Jim Phillips.

(<https://soar.wichita.edu/handle/10057/23714>,  
<https://www.legacy.com/us/obituaries/kansas/name/dorothy-billings-obituary?id=36279495>)

## KIRCHLICHE NACHRICHTEN

[Kirchliche Nachrichten von Jakob Renner, FSJ'ler im Referat PPO und in der Pazifik-Infostelle.]

### AUS PAPUA-NEUGUINEA

#### ELC-PNG

#### Bischof setzt sich für den Schutz von Kindern ein

Pfarrer Dr. Jack Urame, Leitender Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Papua-Neuguinea, äußerte sich vor einigen Wochen aufgrund eines vorangegangenen Zeitungsartikels über die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an politischen Kampagnen. In seiner Stellungnahme sprach er sich ausdrücklich für eine höhere Achtsamkeit in der Bevölkerung und auch in der Politik aus, so dass Minderjährige vor politischem Missbrauch geschützt werden können. Dinge wie Wahlkampf, politische Kundgebungen, Alkoholkonsum, Propaganda und Gewalt seien Angelegenheiten für Erwachsene, sagte Pfarrer Urame. *„Kinder brauchen Bildung, gute Gesundheitsversorgung, sauberes Trinkwasser [und] sichere Städte und Gemeinden [...]“* Aus diesem Grund müsse *„die Wahlperiode [...] als Zeit genutzt werden, um über Entwicklungen nachzudenken, den Lebensstandard zu verbessern und eine bessere Zukunft für unsere Kinder zu schaffen, anstatt sie für politische Kampagnen [...] zu benutzen“*, forderte der Bischof. Er appellierte ausdrücklich an alle Kandidat\*innen und Unter-

stützer\*innen, während der Wahlen achtsam zu sein. Das Wohlergehen und die Zukunft der nachfolgenden Generationen seien in kollektiver Verantwortung, damit das Land von den Gaben und Fähigkeiten der jungen Menschen profitieren kann. Jegliche Form von negativen Einflüssen müsse aus diesem Grund soweit wie möglich von Kindern und Jugendlichen ferngehalten werden, gab Dr. Urame zu verstehen. *„Wir sind unseren Kindern und ihrer Zukunft gegenüber verantwortlich. Lasst uns alle gemeinsam handeln, um ein besseres Land und eine bessere Zukunft zu schaffen“*, sagte er abschließend. (*Postcourier* 12.09.22)

### Nationalfeiertag der ELC-PNG

Am Dienstag, den 12. August, feierte die Evangelisch-Lutherische Kirche von Papua-Neuguinea (ELC-PNG) ihre Gründung durch den deutschen Missionar und Pfarrer Johann Flierl. Vor 136 Jahren setzte dieser seinen Fuß nach Finschhafen und machte es sich zur Aufgabe, das Evangelium zu verkünden und zu verbreiten. Gemeinsam mit anderen Missionaren lebte er im Dorf Simbang und lernte dort die Jabem- und die Kotte-Sprache. Dadurch konnte er den Menschen des Dorfs beibringen, selbst das Wort Gottes weiterzutragen und zu verkünden. So erreichte die frohe Botschaft zunächst die Küstenregionen des Landes, später die Hochlandregionen. Seitdem wird dieses prägende Ereignis jedes Jahr Mitte August gefeiert, um sich zusammen mit dem Reformationstag an die Ursprünge der ELC-PNG zu erinnern.

Der Feiertag wurde in diesem Jahr zunächst zwei Tage im Voraus von allen lutherischen Kirchen des Landes mit einem festlichen Sonntagsgottesdienst zelebriert. Am eigentlichen Gründungstag wurde die Feierlichkeit mit einer gemeinsamen Abendandacht von Mitgliedern aus städtischen und ländlichen Kirchengemeinden abgerundet.

(<https://www.thenational.com.pg/kerema-lutherans-celebrate-establishment-of-church-in-png/> 24.08.22)

## RÖM.–KATH. KIRCHE

**Jugendleiter\*innen-Camp**

Vom 28. März bis zum 8. April fand in der Provinz Kiunga in Papua-Neuguinea ein mehrwöchiges Camp speziell für Jugendleiter\*innen in der Katholischen Kirche statt. Dabei ging es darum, dass junge Erwachsene, die in der Jugendarbeit tätig sind, professionell gecoached werden und Fähigkeiten erlernen, die ihnen bei der Gemeindegarbeit helfen. Dazu gehörten unter anderem das Grundwissen um rechtliche Fragen, die im Rahmen von kirchlicher Jugendarbeit auftreten können, die Verwaltung von Finanzen und das richtige Formulieren von Anträgen und Abschlussberichten. Aber es fanden auch kreative Angebote statt, wie beispielsweise die Arbeit mit sozialen Medien.

Um das Camp stattfinden lassen zu können, waren diverse Mitglieder und Vertreter\*innen der Katholischen Kirche nach Kiunga gereist. Generalvikar Andrew Moses setzte sich besonders für die Arbeit der Jugendleiter\*innen ein und war erfreut, ihnen in der Zeit des Camps etwas mit auf den Weg geben zu können: *„Viele Jugendliche heutzutage sind verwirrt, fühlen sich verloren oder sind unzufrieden mit ihrem Leben und wir sind uns nicht bewusst, welches Potenzial sie in sich tragen, das sie zum Erfolg führen kann.“* Um dem entgegenzuwirken, war ein Schwerpunkt des Seminars, die Jugendleiter\*innen für ihre Gaben und Stärken zu sensibilisieren, damit sie diese in ihren Gemeinden einbringen können. (Catholic Reporter 02.08.22)

**Katholischer Jugendrat zu Gast beim Jugendkonvent**

*„Schmeckt und seht die Güte des Herrn“* – das war das Motto des diesjährigen Jugendkonvents der Katholischen Kirche von Papua-Neuguinea. Vom 7. bis zum 11. Juli kamen in Boregaina viele junge Menschen zusammen, um miteinander Gemeinschaft zu erleben. Durch Programmpunkte wie ge-

meinsames Singen, Tänze und Vorträge erhielten die Jugendlichen die Möglichkeit, Inspirationen für ihren persönlichen Glauben zu bekommen und durch den Austausch untereinander neue Sichtweisen zu finden.

Mit anwesend beim Konvent war unter anderem der katholische Jugendrat der Erzdiözese (ACYC). Dieser stellte zu Beginn der Veranstaltung die Leitlinien der katholischen Jugend vor, nach denen jede\*r das Recht hat, einer Jugendgruppe anzugehören. Die Jugendkoordinatorin des ACYC fasste anschließend die Aufgaben eines/r Jugendleiter\*in zusammen, worüber sich die Anwesenden untereinander austauschen konnten. Ebenfalls mit auf dem Programm standen teambildende Aktivitäten.

Des Weiteren gab es von Pater Cleetus, Priester in der Gemeinde St. Stephens, eine Präsentation zum Thema: „Einführung in die Bibel“. Hierbei konnten die Teilnehmenden auf einer Reise durch die Bibel sämtliche Kapitel und Textstellen vom Buch Mose bis hin zum letzten Kapitel, der Offenbarung, entdecken und kennenlernen. Die abschließende Botschaft des Konvents war es, sich die Güte Gottes bewusst zu machen und ihm dafür die Ehre zu erweisen. (<https://www.pngsicbc.com/post/acyc-attend-youth-convention>, Catholic Reporter September 07.09.2022)

**Familien-Kongress in Port Moresby**

In diesem Jahr findet am 1. und 2. Oktober erstmals das nationale Familien- und Dankesfest der Katholischen Kirche von Papua-Neuguinea statt. Mehr als 2.000 Teilnehmende werden sich zu diesem Anlass in der „Caritas Secondary School“ in Port Moresby versammeln, um der Veranstaltung beizuwohnen. Die beiden Tage werden in Papua-Neuguinea den Abschluss des katholischen *„Jahrs der Familie – Amoris Laetitia“* bilden, weshalb das Thema des Kongresses auch lautet *„Liebe zur Familie – Berufung und Weg zur Heiligkeit“*.

Familien sollen die Möglichkeit erhalten, zusammen neue Eindrücke und Erfahrungen im Glauben zu sammeln und sich auf die christlichen Werte von Ehe und Familie zu besinnen. Dazu werden im Laufe der Veranstaltung verschiedene Vorträge von Bischöfen zu hören sein, aber auch Zeugnisse von Eheleuten und Familien, die davon berichten, wie sie in ihrem Leben der christlichen Berufung gemeinsam nachgehen. Ebenfalls anwesend wird der Nuntius der Katholischen Kirche sein, genauso wie der Ehrengast Kardinal Luis Antonio, Vertreter der Öffentlichkeitsarbeit der Katholischen Kirche, der am 2. Oktober die Bischofsmesse eröffnen wird. Weiterer Bestandteil der Zeremonie ist ein einstündiges Gebetsfest, genauso wie ein Kongress am ersten Tag, der der praktischen Ein- und Weiterführung in den christlichen Glauben gewidmet ist.

Um die vielen Gäste während des Festes unterbringen zu können, bittet die Katholische Kirche Pfarreien und Familien vor Ort, ange-reiste Gäste aufzunehmen und Essen mit anderen zu teilen. Dadurch soll die Bedeutung der Einheit als Gottes Familie erfahrbar und nahbar gemacht werden. Außerdem wird die Kollekte finanziell benachteiligten Familien zur Verfügung gestellt. (Catholic Reporter 07.09.2022)

**AUS ANDEREN LÄNDERN****Kirchenführer kritisieren Rassismus**

**Westpapua:** Der Kirchenrat von Westpapua kritisiert die aktuelle Situation in Westpapua. Neben anhaltendem Rassismus gegen indigene Papuas hob der Rat auch die Aufteilung in neue Provinzen, den bewaffneten Konflikt und die Sonderautonomie kritisch hervor.

Der Vorsitzende des Kirchenrates von Westpapua, Rev. Benny Giay, nahm dabei besonders Bezug auf eine Rede der ehemaligen indonesischen Präsidentin Megawati Soekarnoputri, die aufgrund rassistischer Äußerungen gegenüber Papuas kritisiert wurde und – so

Giay – die rassistische Denkweise der Indonesier gegenüber den Papuas beweise.

„Gott hat gesagt, dass alle Menschen in seinen Augen gut sind. Aber Megawati hat eine rassistische Bemerkung über Papuas gemacht. Das ist Megawatis Verständnis des Papua-Volkes“, sagte Giay auf einer Pressekonferenz in Sentani am Mittwoch, den 13. Juli 2022. „Die neuen Provinzen und die überarbeitete Sonderautonomie für Papua können den Konflikt in Papua weiter anheizen. Megawatis Rede gegenüber Papuas ist rassistisch, sie erzählte von ihrer Angst, wenn sie Papua und Schwarze sieht. Sie sagte, dass das schwarze Gen verändert werden könne, indem sie sagte, dass die Menschen von der Küste getötet werden, weil es viele Indonesier von außerhalb Papuas gebe, so dass sie sich vermischen können“, sagte Giay.

Giay kritisierte auch die Aussage von A.M. Hendropriyono, zwei Millionen indigene Papuas nach Manado, Nordsulawesi, umzusiedeln. „Er dachte, dass sie nach einer Weile Indonesier werden könnten. Wir wissen, dass diese Nation Papuas gegenüber rassistisch ist, wie Hendropriyono und Megawatis Gedanken zeigen. Sie unterstützen die Aufteilung in neue Provinzen, um die Papuas zu verdrängen“, meinte Giay. „Papuanische Antirassismus-Proteste wurden ignoriert und sogar wegen angeblichen Verrats verboten. Die Revision der Sonderautonomie für Papua, die Aufteilung in neue Provinzen und die Militäroperationen in Papua sind ein Beweis für den Rassismus der indonesischen Regierung gegenüber dem Volk der Papua. Indonesien ist das gleiche wie die Vereinigten Staaten, sie sind rassistisch gegenüber schwarzen Menschen“, sagte Giay.

Der Präsident der West Papua Baptist Church, Zokrates Sofyan Yoman, sagte, dass die indigenen Papuas seit der indonesischen Herrschaft über Papua am 1. Mai 1963 im Rassismus leben würden. Aufgrund dieser Situation, so Yoman, fühlten sich die indigenen Papuas nicht als Teil Indonesiens. Yoman erwähnte, dass das indo-

nesische Institut für Wissenschaften (LIPI) die vier Hauptursachen für die Probleme Papuas herausgearbeitet habe. Er sagte, die indonesische Regierung solle sich damit befassen und mit der Vereinigten Befreiungsbewegung für Westpapua (ULMWP) sprechen.

„Wir, die Kirche, sind der Ansicht, dass die Politik der indonesischen Regierung, drei neue Provinzen einzurichten und das Sonderautonomiegesetz zu überarbeiten, das Problem nicht löst. Vielmehr wird dadurch der Konflikt zwischen den Gemeinschaften verschärft. Wir fordern die indonesische Regierung auf, einen Dialog mit der ULMWP zu führen“, so Yoman. (Westpapua-Netzwerk online 18.07.22)

### Kirchenführer bitten in Karlsruhe um Hilfe

**Westpapua/Karlsruhe:** Kirchenvertreter\*innen aus Westpapua haben im Rahmen der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) vom 31. August bis 8. September im deutschen Karlsruhe die teilnehmenden Kirchen um Hilfe und Unterstützung für ihr Land gebeten. Eine Delegation der GKI (Evangelische Kirche im Lande Papua) mit u.a. Leonard Imbiri und Daniel Josef Kaigere berichtete mehr als einhalb Stunden lang über die schweren Menschenrechtsverletzungen in ihrem Land: Es ging um Folter, Mord und Vertreibung der indigenen Bevölkerung durch die indonesische Polizei und das Militär sowie um den rücksichtslosen Raubbau an der Natur. Die Delegation hatte die schweren Menschenrechtsverletzungen im Rahmen eines nachmittäglichen Workshops bei der ÖRK-Vollversammlung vorgestellt.

Für die 16 Vertreter\*innen der mehr als 620.000 Mitglieder zählenden Evangelischen Kirche im Lande Papua bot der Auftritt vor internationalen Kirchenvertreter\*innen und der Öffentlichkeit eine große Chance. „Das hilft uns, unsere Anliegen vorzubringen und ihnen Gehör zu verschaffen“, betonte GKI-Kirchenpräsident Pastor Andrikus Mofu. Seit fast sechs

Jahrzehnten unterdrückte die indonesische Zentralregierung in der Hauptstadt Jakarta die nach Autonomie strebende Provinz Westpapua mit brutaler Gewalt.

Die reichen Bodenschätze der früheren niederländischen Kolonie auf dem Westteil der Insel Neuguinea würden ausgeraubt und der tropische Regenwald abgeholzt, informierte Mofu die Teilnehmenden des Workshops. Dabei gingen die indonesischen Sicherheitskräfte oft mit roher Gewalt gegen die einheimische Zivilbevölkerung vor – auch aus rassistischen Gründen. Seit der Annexion Westpapuas im Jahr 1969 durch Indonesien seien rund 5.000 Menschen wissentlich getötet und viele Tausende gefoltert und vertrieben worden, ergänzte Pastor Leonard Imbiri aus der Kirchenleitung. (www.evangelisch.de 07.09.22)

#### Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten:  
Jakob Renner (Jakob.Renner@Mission-EineWelt.de)

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik.  
Evangelische Bank  
IBAN: DE12520804100001011111  
BIC: GENODEF1EK1

#### Quellen:

ABC • Australien Info • Contemporary Pacific • Cook Islands News • Fiji Times • Loop Pacific • National • Neuseeland Info • Noovell • Pacific Islands Business • PNG Mine Watch • Pacific Beat • Pacific Daily News • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand International • Solomon Islands Broadcasting • Association • Tahiti Info • Wantok • Westpapua Netzwerk

#### Herausgeber:

**Pazifik**  
INFORMATIONSSTELLE  
und  
**Mission**  
**EineWelt**

Zeitschrift für Partnerschaft, Entdeckung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern  
Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau  
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120  
www.pazifik-infostelle.org  
www.mission-einewelt.de